

ZUCKER AUF FIJI UND DIE EU-AGRARREFORM

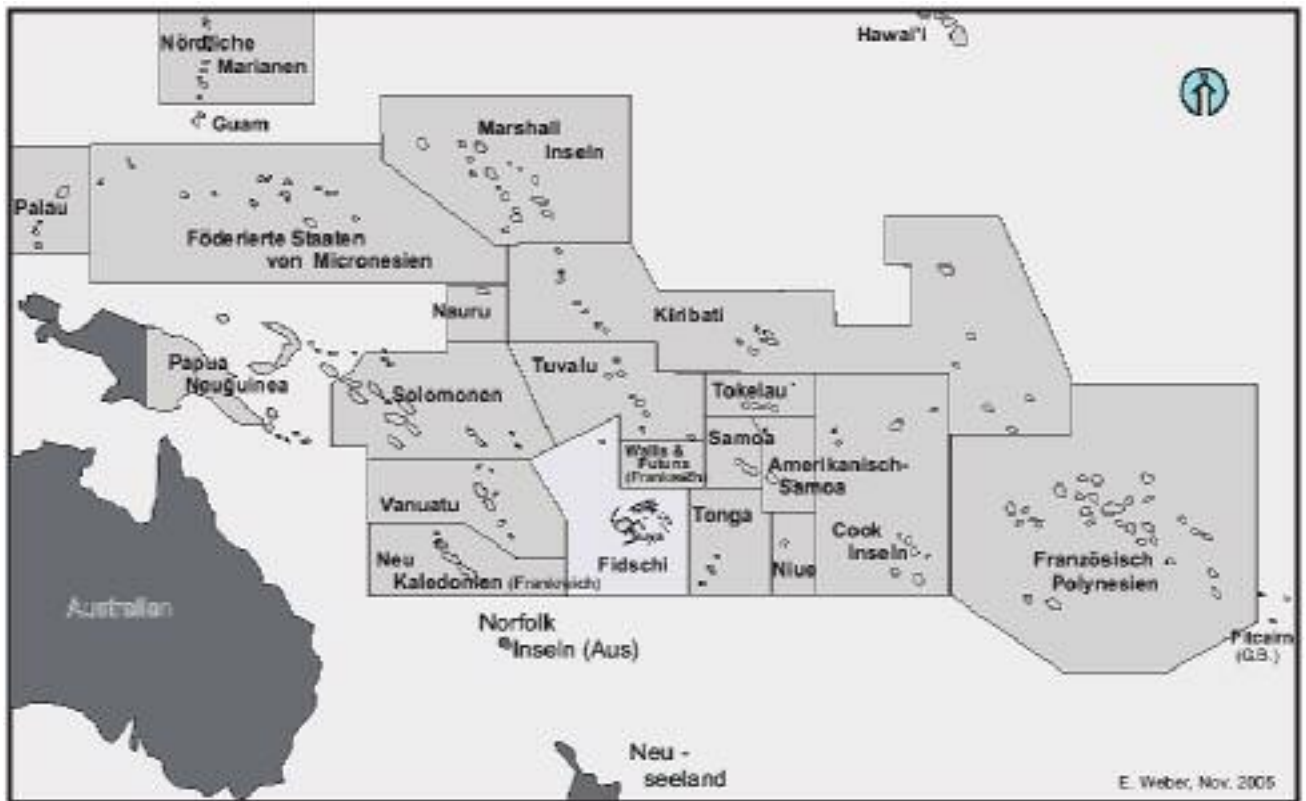
Kaum ein anderes landwirtschaftliches Produkt hat in den vergangenen 500 Jahren die Welt derart verändert wie der Zucker. Manche wurden durch diese "süße Versuchung" stinkreich, weitaus mehr jedoch bettelarm, all ihrer Rechte und ihres Besitzes beraubt. Wegen Zucker wurde vielfach den "Eingeborenen" der Kolonien ihr Land einfach weggenommen und wegen Zucker wurden Millionen von Sklaven von Afrika in die Kolonien in Süd-, Mittel- und Nordamerika und in die Karibik verfrachtet.

Noch heute ist Zucker einer der wichtigsten international gehandelten agraren Rohstoffe, doch die Zeiten, wo eine Zuckerplantage Garant für eine materiell abgesicherte Zukunft darstellte, die Zeiten, wo Handelspreise für Zucker sich beständig auf hohem Niveau befanden - diese Zeiten sind endgültig vorbei. In vielen Ländern, wo heute Zuckerrohr oder -rüben angebaut werden, führen die Produzenten schon seit langem einen fast aussichtslosen Kampf ums wirtschaftliche Überleben, und immer mehr verlieren diesen Kampf.

Schon bald nach der kolonialen Landnahme in vielen der Kolonien eingeführt, bestimmt Zucker auch heute noch die landwirtschaftliche Struktur der meisten dieser inzwischen unabhängigen Staaten.

Für Fidschi war Zuckerrohr für Jahrzehnte das wichtigste landwirtschaftliche Anbauprodukt überhaupt. Noch Mitte der 1990er Jahre exportierte das Land fast eine halbe Million Tonnen Zucker und verdiente damit mehr als 300 Millionen Fidschi-Dollar. Diese Zeiten, in denen der Zuckersektor Fidschis wichtigster Wirtschaftsbereich war, sind längst vergangen. Heute ist der Zuckersektor das Sorgenkind der Wirtschaft des kleinen Inselstaates im Südpazifik: Gerade einmal 290.000 Tonnen Zucker konnte Fidschi 2005 exportieren. Nicht mehr als umgerechnet 217 Millionen Fidschi-Dollar flossen dadurch an dringend benötigten Devisen ins Land. (Anmerkung der Redaktion: 1 FJ Dollar entspricht am 20. März 2007 0,45 €).

Die Probleme, die den Zuckersektor plagen, sind vielfältig. Viele von ihnen sind hausgemacht, eine Reihe aber wird verursacht von sich verändernden Bedingungen, unter denen der internationale Handel mit Zucker abläuft.



Karte 1: Die pazifischen Inseln

Koloniale Ausbeutung im Pazifik

Wie andere Inseln des Südpazifiks erweckte auch Fidschi sehr spät das Interesse europäischer Kolonialmächte. Nachdem der pazifische Ozean im frühen 16. Jahrhundert entdeckt worden war, war er lange nichts anderes als eine sich schier endlos ausbreitende Wasserfläche zwischen den europäischen Kolonialgebieten in Amerika und Asien, die es zu überwinden galt. Anfangs waren es spanische Schiffe, die auf ihrem Weg zwischen Südamerika und den Philippinen viele der pazifischen Inseln erstmals ins europäische Bewusstsein rückten. Viele Inselnamen wie etwa Santa Isabel, San Cristobal, Santa Cruy Islands, Santa Ana und Florida Islands (alle Inseln sind Teile der Salomonen) geben noch heute Zeugnis dieser „spanischen“ Zeit in der Südsee ab. Kontakte zwischen Einheimischen und Europäern gab es allerdings für sehr lange so gut wie keine. Inseln wurden beschrieben, in Karten eingezeichnet und erhielten zumeist auch einen europäischen Namen. Doch das war's dann auch schon. Ein wirtschaftliches Interesse, etwaige Reichtümer der Inseln zu nutzen, gab es nicht. Weshalb sollten sich die Kolonialmächte auch mit diesen winzigen Inseln aufhalten, wo sie doch in Amerika und Asien genug zu tun hatten, Ressourcen und Menschen auszubeuten?

Mehr als zwei Jahrhunderte war der Pazifische Ozean mit all seinen Inselchen für europäische Interessen uninteressant. In dieser Zeit wurden auch jene Inseln entdeckt, die heute den Inselstaat Fidschi umfassen. 1643 sichtete der holländische Entdecker Abel Tasman die Inselgruppe zum allerersten Mal. Einen Versuch, an Land zu gehen, unternahm er freilich nicht. Gerüchte über Kannibalismus auf den Inseln hielten ihn davon ab. Es vergingen danach nochmals 130 Jahre, bevor der Brite James Cook an der Insel-

gruppe vorbeisegelte. Auch dieses Mal erschienen die Inseln nicht interessant genug, um zu landen und sich ein wenig umzusehen.

Es muss wohl William Bligh gewesen sein, der als erster Europäer den Fuß auf eine zur Fidschi-Gruppe zählende Insel setzte. Es war 1789, als der von Meuterern abgesetzte Kapitän der Bounty („Meuterei auf der Bounty“) in einem kleinen Boot ausgesetzt, zusammen mit einer kleinen Gruppe Schicksalsgenossen an den Inseln Fidschis vorbeisegelte. Damals konnte Kapitän Bligh gerade noch einheimischen Kanus entkommen, die sein Boot verfolgten. Drei Jahre später, im Jahr 1792, kehrte er aber auf der Suche nach den Meuterern nach Fidschi zurück.

Danach ging alles Schlag auf Schlag: Im Jahre 1800 lief der amerikanische Schoner Argo von Kanton (China) kommend nahe Lakeba auf ein Riff. Die Besatzung konnte von Einheimischen gerettet werden, doch die Folgen waren verheerend. Die Überlebenden brachten Cholera mit sich, eine Krankheit, die es zuvor in Fidschi nicht gegeben hatte. Die Einheimischen waren ihr deshalb vollkommen schutzlos ausgesetzt. Tausende Fidschianer starben durch die Cholera-Epidemie, unter ihnen auch Fiji's „König“. Ein Überlebender der Schiffskatastrophe und Cholera-Epidemie war ein gewisser Oliver Slater. Er war es, der als erster die Inselgruppe in das globale Kolonialsystem einband.

Gut 170 Jahre, nachdem die Inseln entdeckt worden waren, erweckten nun exotische Produkte die Aufmerksamkeit kolonialer Händler, Schiffbrüchiger und Abenteurer. Auf der im Norden Fidschis gelegenen Insel Vanua Levu war Slater auf große Sandelholz-Wälder gestoßen. Es dauerte keine 20 Jahre und alle Sandelholz-Bäume waren verschwunden - exportiert nach China, wo Sandelholz sehr gefragt war. Denselben Weg nahmen die Seegurken (*Bêche-de-mer*, *Sea-cucumber*), deren Export nach China begann, als es kein Sandelholz mehr gab. Auch diese Phase kolonialer Ausbeutung dauerte nicht länger als die paar Jahre, die notwendig waren, um mit Hilfe einheimischer Herrscher die ergiebigsten Seegurken-Vorkommen so zu dezimieren, dass eine weitere Ausbeutung wirtschaftlich keinen Sinn mehr machte.

Die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts waren also geprägt vom China-Handel mit exotischen Produkten, der extrem hohe Gewinnspannen versprach. Der Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung beschränkte sich auf deren Rolle beim Fällen der Sandelholzbäume und beim Einsammeln der Seegurken in flachen Gewässern und dem Trocknen der Gurken. Die lokalen Herrscher waren sehr am Handel interessiert, wurden die von den Europäern so geschätzten Produkte doch sehr häufig gegen Schusswaffen eingetauscht. Gute Handelskontakte bedeuteten für lokale Herrscher ein entscheidendes Plus in den häufigen Konflikten mit anderen Stämmen. Nicht selten wurden ganze Schiffsbesatzungen zu „Militärdiensten“ aufgefordert, bevor sie dann ihrem zivilen Beruf als Händler nachgehen durften. Zwielfichtige Gestalten, wie etwa der schwedische Schiffbrüchige Charles Savage, avancierten zu „Militärberatern“ der einheimischen Herrscher. Als Mitte des 19. Jahrhunderts der Handel mit Seegurken so langsam zum Erliegen kam, war zunächst kein weiteres Produkt in Sicht, das koloniale Interessen auf sich zog.

Erst als sich Fidschi so ganz allmählich von einem Ort für Abenteurer, gestrandete Gestalten und entkommene Sträflinge in eine britische Siedler-Kolonie verwandelte, gewann das Land wieder an wirtschaftlicher Bedeutung.

Dies war in den letzten vier Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Vor allem Siedler aus Australien und Neuseeland wurden von dem Südsee-Paradies angezogen, nicht zuletzt auch durch Spekulationen über eine bevorstehende britische Annexion. Während des amerikanischen Bürgerkrieges (1861-1865) wurde mit dem Anbau von Baumwolle in Fidschi begonnen. Die Weltmarktpreise für Baumwolle erreichten Höchststände, weil die amerikanische Produktion schlagartig zurückging und die europäischen Textilfabriken nach Alternativen suchten, ihre gewaltige Nachfrage nach Baumwolle zu befriedigen. Individuelle Siedler, aber auch große Kolonialunternehmen aus Australien wie etwa die „Fijian Planting and Trading Company“ und die „Polynesia Company Ltd.“ begannen nun, Land in großem Maßstab aufzukaufen, um Baumwoll-Plantagen zu errichten. Gegen 1870 lebten bereits mehr als 2.000 Europäer in Fidschi. Sie kauften Land, häufig dienten Schusswaffen als Bezahlung, noch häufiger wussten die Einheimischen gar nicht so genau, was eigentlich vor sich ging. Privateigentum an Land war den Menschen in Fidschi fremd: Das Land gehörte den Clans, den so genannten Mataqali, und Familien bekamen von ihrem Chief Land zur privaten Nutzung zugewiesen. So war es immer gewesen, und aus der Sichtweise der Einheimischen erhielten auch die Europäer von den Häuptlingen Land zur Nutzung, aber keineswegs Land als Eigentum. Die Europäer freilich sahen dies ganz anders: Ohne Zweifel hatten sie das Land gekauft, schließlich hatten sie dafür bezahlt. Bereits damals zeichneten sich Konflikte ab, die auch heute noch das politische Leben in Fidschi bestimmen.

Levuka, das koloniale Zentrum Fidschis, war inzwischen zu einer der bedeutendsten Städte im Südpazifik aufgestiegen. Mehr und mehr Schiffe liefen im Hafen ein, die Bevölkerung wurde immer größer und immer schwerer zu kontrollieren. Schon 1870 schreibt die in Levuka gegründete und europäisch orientierte Zeitung „Fiji Times“: *„Nicht für die Eingeborenen brauchen wir dringend eine Regierung, sondern für uns selber“*.

Auch in den ländlichen Gebieten wurde die Notwendigkeit geregelter politischer und administrativer Zustände immer deutlicher. Landkonflikte führten immer häufiger zu ethnisch motivierter Gewalt, aber auch zu Gewalt zwischen unterschiedlichen Stämmen. Und als ob alles nicht schon schlimm genug gewesen wäre, führte das Ende des amerikanischen Bürgerkrieges zum Einbrechen der Weltmarktpreise für Baumwolle.

1871 errichtete Häuptling Cakobau eine Regierung für Fidschi in Levuka, in die alle sehr große Hoffnungen setzten. Doch es dauerte nicht lange, bis sich zeigte, dass die Regierung nicht in der Lage war, die unterschiedlichsten Erwartungen der Händler, der Plantagenbesitzer und der Fidschianer unter einen Hut zu bringen. Da die Regierung es keinem recht machen konnte, war sie schon sehr bald bei allen Interessensgruppen gleichermaßen unbeliebt. Immer häufiger wurde nun auch von einem Krieg zwischen den unterschiedlichen Rassen gesprochen, und in dieser Situation entschied sich Cakobau, Fidschi an die britische Krone zu übereignen. Am 10. Oktober 1874 wurde Fidschi britische Kolonie und damit Teil eines weltweiten britischen Empires.

Bereits zu Zeiten, als die ersten Baumwollplantagen in Fidschi errichtet wurden, stellte sich die Frage, wer denn dort eigentlich arbeiten sollte. Die Vorstellungen europäischer Siedler waren nicht unbedingt, dass sie selbst bei der schweren Arbeit Hand anlegen wollten. Sie sahen sich eher als Verwalter der Plantagen, die Profite einbringen sollten. In anderen Kolonien waren Plantagenwirtschaft und Sklavenarbeit untrennbar miteinander verbunden. Dies kam für die Kolonien in der pazifischen Inselwelt schwerlich in Frage. Bereits in den

30er Jahren des 19. Jahrhunderts war Sklavenarbeit vom britischen Parlament abgeschafft worden. Die Rekrutierung der Arbeitskräfte auf den Plantagen musste deshalb anders geschehen.

Zunächst waren es Kontrakt-Arbeiter, die aus anderen pazifischen Inseln für die britischen Kolonien „angeworben“ wurden. So richtig zivilisiert ging es dabei selten zu. Menschenhandel war zu einem einträglichen Geschäft geworden. *Blackbirders* klapperten die Inseln Melanesiens ab, um Arbeitskräfte für die Plantagen in Queensland/Australien, Fidschi, Samoa, Hawai'i und Neukaledonien anzuwerben. Manche wurden mit Hilfe phantastischer Versprechungen dazu überredet, Arbeitsverträge zu unterschreiben, die ihnen sämtliche Rechte raubten und sie zu sklavenähnlicher Arbeit weit weg von der Heimat verpflichteten. Andere wurden einfach entführt und hatten kaum eine andere Wahl, als Arbeitsbedingungen in der Fremde zu akzeptieren, denen sie freiwillig niemals zugestimmt hätten.

Allein von den Salomonen wurden so zwischen 1870 und 1911 mehr als 30.000 Menschen auf die Zuckerplantagen in Queensland und Fidschi verschleppt. Manche kleinere Inseln wie etwa Tuvalu verloren beträchtliche Teile der arbeitsfähigen Bevölkerung.

Zucker aus Fidschi - Das koloniale Erbe

In den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts etablierte sich der Zuckerrohranbau als wichtigster kolonialer Wirtschaftsbereich Fidschis. Anfangs gab es viele Unternehmen und Siedler, die sich für den Anbau von Zuckerrohr entschieden. Insgesamt 34 Zuckermühlen entstanden in dieser Zeit, doch nach und nach zeigte sich, dass nur wenige, besonders erfolgreiche und gut verwaltete Unternehmen überlebensfähig waren. Unter allen Konkurrenten setzte sich die „Colonial Sugar Refining Company“ (CSR) aus Australien durch. In den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts war sie als einziges Unternehmen übrig geblieben und hatte quasi ein Monopol beim Zuckerrohranbau, bei der Verarbeitung und der Zuckervermarktung.

Nachdem Fidschi 1874 britische Kronkolonie geworden war, wurde Sir Arthur Gordon erster Gouverneur der Kolonie. Zuvor war er bereits Gouverneur in Mauritius gewesen, eine Kolonie, die eine beträchtliche Anzahl indischer Kontraktarbeiter für die Zuckerplantagen angeworben hatte. Bei seiner Antrittsrede im September 1875 betonte Gordon, dass die wirtschaftliche Zukunft der Kolonie in der kontinuierlichen Rekrutierung von Kontraktarbeitern zu suchen sei. Wie überall im britischen Kolonialreich sollten auch in Fidschi indische Kontraktarbeiter die harte Arbeit für die weißen Herren übernehmen.

Land	Anzahl
Mauritius	453,063
British Guiana	238,909
Trinidad	143,939
Jamaica	36,412
Grenada	3,200
St Lucia	4,350
Natal, Südafrika	152,184
St Kitts	337
St Vincent	2,472

Reunion	26,507
Surinam	34,304
Fidschi	60,965
Ost Africa	32,000
Seychellen	6,315
Gesamt	1,194,957

Tabelle 1: Anzahl indischer Kontraktarbeiter in britischen Kolonien

Gouverneur Gordon verwies darauf, dass die Rekrutierung von Arbeitskräften aus Melanesien und Mikronesien wegen der hohen Sterblichkeit der Arbeiter beständig zurückgegangen sei. *„Die Fidschianer sind überhaupt nicht daran interessiert, von früh bis spät arbeiten zu müssen, für eine solch armselige Bezahlung, und unter Bedingungen, die alles andere als sanft sind“*, so Gouverneur Gordon damals.

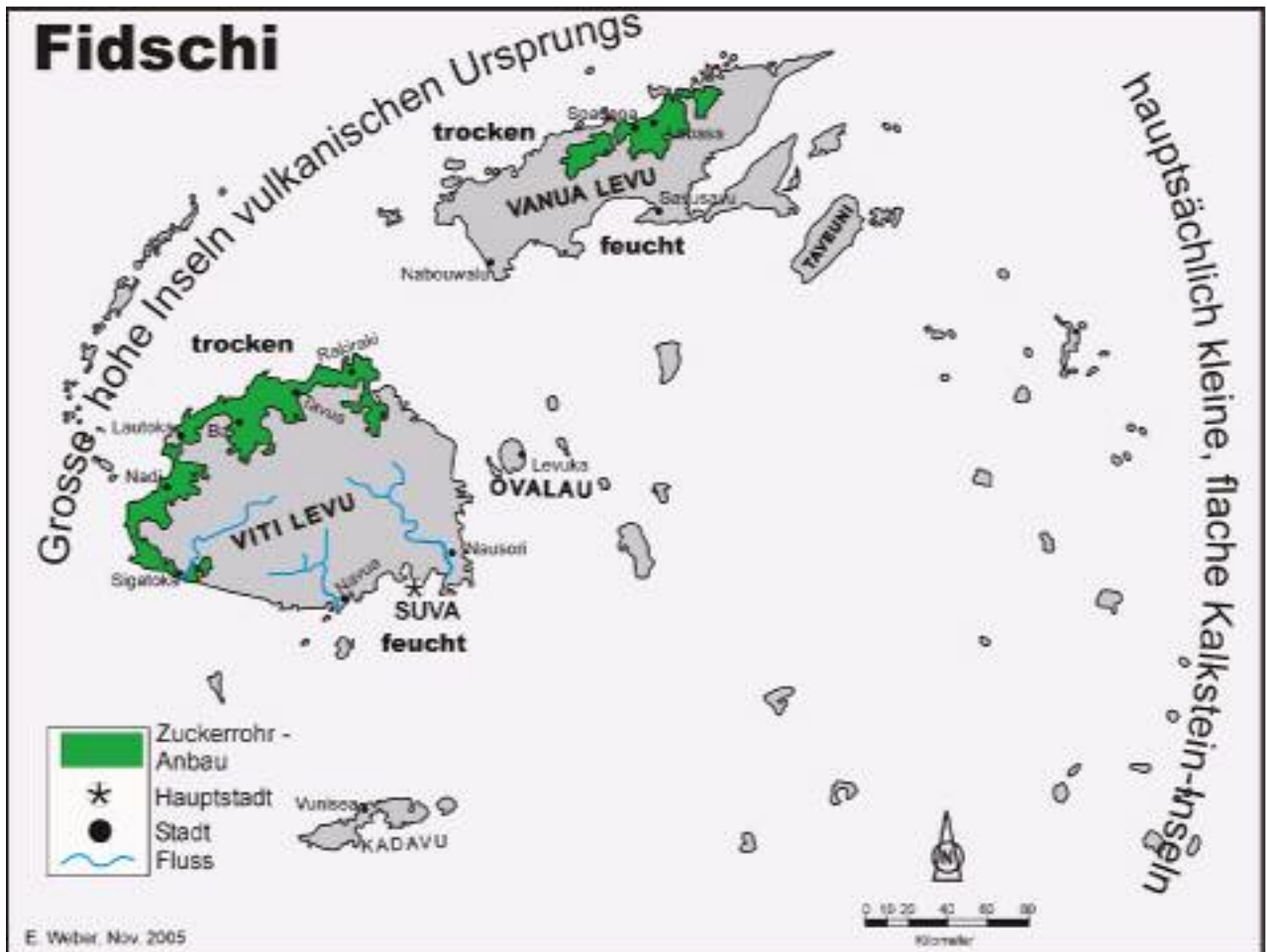
Am 14. Mai 1879 begann deshalb die Ära der Inder in Fidschi. An diesem Tag lief die Leonidas mit 463 Immigranten aus Kalkutta im Hafen von Levuka ein. Zwischen Mai 1879 und November 1916, als das letzte Schiff mit indischen Arbeitskräften Fidschi erreichte, kamen mehr als 60.000 indische Kontraktarbeiter nach Fidschi. Die meisten von ihnen wurden auf den Zuckerrohrplantagen eingesetzt. 85 Prozent von ihnen waren Hindus, 14 Prozent Muslime und der Rest Christen und Sikhs. Die Mehrzahl der indischen Einwanderer waren Männer im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Meistens stammten sie aus armen, ungebildeten Landarbeiterkassen, die in ihrer neuen Heimat Bedingungen für einen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg sahen, den sie in Indien nicht hatten.

Unter dem „intendured labor system“ verpflichteten sie sich fünf Jahre lang, in Fidschi zu arbeiten. Danach war es ihnen gestattet, auf eigene Kosten nach Indien zurückzukehren. Sie konnten aber auch weitere fünf Jahre in Fidschi arbeiten und hatten dann einen Anspruch auf eine bezahlte Rückreise. Wer wollte, konnte aber auch für immer in Fidschi bleiben und die meisten wollten das: Von den mehr als 60.000 Kontraktarbeitern, die von Indien nach Fidschi gekommen waren, kehrten noch nicht einmal 20.000 nach Indien zurück. Die große Anzahl der Inder, die in Fidschi blieben, bildete die Basis für einen beträchtlichen indisch-stämmigen Bevölkerungsanteil.

Zwischen 1879 and 1916 unternahmen 42 unterschiedliche Schiffe 87 Fahrten von Indien nach Fidschi. Anfangs starteten die Schiffe von Kalkutta aus in den Pazifik, aber nach 1903 wurde Madras der wichtigste Hafen, von wo aus Arbeitskräfte für Fidschi ihre Seereise antraten. Bis 1905 wurden hauptsächlich Segelschiffe eingesetzt, die von Indien nach Fidschi etwa 70 Tage brauchten. Dampfschiffe konnten die Strecke in weniger als der Hälfte der Zeit zurücklegen. Schon die Überfahrt wurde vielen zum Verhängnis. Über 400, die aufgebrochen waren, um in der Südsee ein neues Leben zu starten, erreichten erst gar nicht ihr Ziel. Jene, die die Überfahrt, eingepfercht auf engen Schiffen, überstanden, erwartete in Fidschi ein gnadenloses Leben voller harter Arbeit unter extremen Arbeits- und Wohnbedingungen, die in vielen Beschreibungen als unerträglich bezeichnet werden. Zu dritt lebten die Kontraktarbeiter in sechs Quadratmeter großen Zimmern, die von den Arbeitgebern zur Verfügung gestellt wurden. Privatsphäre war unbekannt, Gewalt wie Mord und Selbstmord weit verbreitet.

1916 wurden die letzten indischen Arbeitskräfte für die Plantagenarbeit rekrutiert, doch auch danach ist der Zustrom von Indern nach Fidschi nie abgebrochen. Da sich die

meisten Plantagenarbeiter nach Ablauf ihrer Kontrakte in Fidschi niederließen, verschob sich das demographische Verhältnis: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren etwa 14 Prozent der Bevölkerung des Inselstaates indisch-stämmig. Bei der Volkszählung 1966 betrug ihr Anteil mehr als 50 Prozent. Erst aufgrund massiver Auswanderungen seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre haben die Fidschianer bevölkerungsmäßig wieder die Oberhand gewonnen: 1996 stellten sie mit knapp 51 Prozent wieder mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Inselstaates. Nach dem Staatsstreich vom Mai 2000 dürfte der Anteil der indisch-stämmigen Bevölkerung auf unter 40 Prozent gesunken sein.



Karte 2: Die Zentren des Zuckerrohranbaus in Fidschi

Mit dem Ende der Kontraktarbeit schwand allmählich auch das Interesse der CSR weiterhin im Zuckerrohranbau tätig zu bleiben. Die Plantagenwirtschaft basierte auf einem endlosen Strom billiger Arbeitskräfte, doch seit keine frischen Arbeiter mehr aus Indien in Fidschi ankamen, lohnte sich der Zuckerrohranbau für die CSR immer weniger. So wurden die Plantagen der CSR in 10-12 acre große Blocks aufgeteilt und den indischen Arbeitern zur Pacht angeboten. Die ehemaligen Kontraktarbeiter wurden nun Kontraktfarmer der CSR, die sich vollständig aus dem Zuckerrohranbau zurückzog und sich auf die Verarbeitung und Vermarktung konzentrierte. Die Farmer lieferten das Zuckerrohr an einer der vier Zuckermöhlen an, die der CSR gehörten. Sie bekamen einen festgesetzten Preis für ihr Zuckerrohr.

Zucker im nach-kolonialen Fidschi

Bereits Mitte der 1960er Jahre deutete sich an, dass die CSR mittelfristig Fidschi verlassen werde. Zunächst wurde die Verarbeitung von Zuckerrohr an die „South Pacific Sugar Mills Ltd.“ übergeben, eine Tochtergesellschaft der CSR. 1969 kam dann die Nachricht, dass nach der Zuckerrohrernte 1972 endgültig Schluss sei und die CSR Fidschi dann verlassen werde; zwei Jahre nach der Unabhängigkeit des Landes. Die Regierung Fidschis kaufte sämtliche Aktienanteile der CSR und gründete die „Fiji Sugar Corporation“ (FSC), die die Verarbeitung des Zuckerrohrs und die Vermarktung des Zuckers übernahm.

Seither ist der Zuckersektor in Fidschi fest in der Hand der FSC, die auch heute noch die vier Zuckermühlen betreibt, die sie von der CSR 1973 übernommen hatte. Die Zuckermühlen sind veraltet und teuer im Unterhalt. Mit der existierenden Technologie kann kaum Zucker in guter Qualität und zu niedrigen Preisen hergestellt werden. Die Penang Mill in Rakiraki ist seit 1881 in Betrieb. Ohne Unterbrechung wird in ihr seit mehr als 120 Jahren Zucker produziert. Die Rarawai Mill in Ba wurde 1886 errichtet und auch die Zuckermühle in Labasa ist nicht viel jünger; sie wurde 1894 gebaut. Fidschis größte Zuckerfabrik in Lautoka stammt aus dem Jahr 1903. Allesamt gleichen sie eher Industriemuseen als funktionsfähigen Betrieben. Unentwegt muss die Produktion unterbrochen werden, weil mal wieder etwas nicht funktioniert.

Fidschis Zuckersektor und seine internen Probleme

Mehr als 22.000 Zuckerrohr-Produzenten gibt es heute in Fidschi. Sie bewirtschaften Betriebe, die zumeist nicht größer als 3-4 Hektar sind und produzieren selten mehr als 200 Tonnen Zuckerrohr jährlich. Im Durchschnitt verdienen sie noch nicht einmal F\$3.000 im Jahr durch ihre harte Arbeit, nicht genug, um sie über die Armutsgrenze kommen zu lassen. Zusätzlich dazu gibt es noch etwa 20.000 Erntearbeiter, die schlecht bezahlt nur für wenige Monate im Jahr Arbeit finden. Zählt man dann noch jene hinzu, die als Lastwagenfahrer das Zuckerrohr zu den Mühlen bringen, und jene, die in den Mühlen oder in der Vermarktung beschäftigt sind, dann kommt man auf etwa 50.000 Menschen, die direkt in Fidschis Zuckersektor beschäftigt sind. Das sind etwa ein Viertel der in Fidschi beschäftigten Personen.

Das Land, das die Zuckerrohr-Produzenten bearbeiteten, ist von fidschianischen Klans, den Mataqali, gepachtet. Fast 90 Prozent des Grundbesitzes gehört den Mataqali. Privatbesitz an Grund und Boden gibt es so gut wie keinen in Fidschi; noch nicht einmal 10 Prozent des Landes. Mehrere Mataqali bilden einen Yavusa und eine größere Anzahl Yavusas sind in einem Vanua zusammengeschlossen. Jedem dieser Einheiten steht ein Chief oder Häuptling vor, dessen Amt erblich ist.

Gruppe / Institution	Häuptling (Chief / Headman)	Anzahl der Familien	Pachtanteil
Native Land Trust Board (NLTB)			15 %
(Stammeszusammenschluss, Konföderation)	Turaga – Ni – Vanua (Taukai)	1	5%
Yavusa (Tribe, Stamm)	Turaga – Ni – Qali	1	10%
(Klan, Sippe, Verwandt- schaftsgruppe)	Turaga – Ni – Mataqali	1	15%
Mitglieder des Mataqali		Bis zu meh- reren 100	55%
Tokatoka (Gross-Familie)			0%

Tabelle 2: Die Aufteilung der Pächterlöse unter verschiedenen Gruppen

An dieser Einteilung spaltet sich die fidschianische Gesellschaft, vor allem wenn es um die Aufteilung der Pächterlöse geht. 15 Prozent der Pacht fließt an den „National Land Trust Board“ (NLTB), eine quasi-staatliche Einrichtung, die im Namen der Clans deren Landeigentum treuhändisch verwaltet. Fünf Prozent der Pacht sind für den Häuptling des Vanua bestimmt, 10 Prozent bekommt der Häuptling des Yavusa, 15 Prozent der Führer des Mataqali. Die verbleibenden 55 Prozent der Pacht werden unter den Mitgliedern des Mataqali verteilt. Die Häuptlingsfamilien der Vanua, Yavusa und Mataqali beziehen so ein beträchtliches Einkommen, während eine einzelne Familie des Mataqali nicht viel an Pacht einnimmt. Zu viele teilen sich die verbleibenden 55 Prozent.

Das größte interne Problem des Zuckersektors ist heute, dass sich der sich zuspitzende Konflikt zwischen Fidschianern und den Nachfahren der indischen Kontraktarbeiter auch auf die Bereitschaft der fidschianischen Klans auswirkt, die Pachtverträge der indisch-stämmigen Zuckerrohrbauern zu erneuern. Die Pachtverträge sind alle nach dem 1966 verabschiedeten „Agricultural Landlord and Tenant Act“ (ALTA) abgeschlossen. Danach haben alle landwirtschaftlichen Pachten eine Laufzeit von 30 Jahren. Wenn die Pacht danach nicht erneuert wird, fällt das Land an die Eigentümer zurück und die Pächter müssen gehen. Meistens verlieren sie dann nicht nur das Land, auf dem sie in den vergangenen 30 Jahre oder länger Zuckerrohr angebaut hatten, sondern auch das Land, auf dem ihr Haus steht, in dem sie häufig seit Generationen wohnten und lebten. 1997, d.h. 30 Jahre nachdem die ersten Pachten unter ALTA abgeschlossen wurden, begannen die ersten Pachten auszulaufen.

Jahr	Anzahl der Pachten	Pacht nicht erneuert*	Jahr	Anzahl der Pachten	Jahr	Anzahl der Pachten
1997	134	36	2007	652	2018	254
1998	237	112	2008	299	2019	306
1999	1594	732	2009	278	2020	152
2000	1955	1397	2010	374	2021	168
2001	458	172	2011	445	2022	135
2002	622		2012	419	2023	148
2003	432		2013	487	2024	88
2004	600		2014	380	2025	85
2005	463		2015	784	2026	65
2006	521		2016	361	2027	54
			2017	177	2028	13
1997-2006		7016	2007-2028		6124	
gesamt 13140						
*entweder gar nicht erneuert oder an andere Pächter						
Quelle: Verification Status Report, Ministry of Agriculture & Alta, 1997						
Reddy, M. (2003a), table 6, p. 233						

Tabelle 3: Das Auslaufen der Pachtverträge unter ALTA

Seither haben tausende indischer Pächter ihr Land und damit ihre Lebensgrundlage verloren. Zwischen 1997 und 2006 sind bereits 7.016 Pachtverträge ausgelaufen. Zwischen 2007 und 2028 kommen nochmals 6.124 hinzu. Eine große Anzahl der ausgelaufenen Pachten wurde nicht erneuert (Tabelle 3).

Die Ursachen, warum die Pachtverträge nicht verlängert werden, sind vielfältig. In manchen Fällen mag es wohl so sein, dass die Landeigentümer ihr Land selbst bewirtschaften wollen und daher die Pacht nicht erneuern. Immer mehr Fidschianer interessieren sich für kommerzielle Landwirtschaft und möchten das Land selbst nutzen, das zuvor an die Inder verpachtet wurde. Freilich gibt es zu bedenken, dass sehr viel von dem Land, das nicht mehr weiterverpachtet wird, brach liegt. Es ist also keineswegs immer so, dass die fidschianischen Eigentümer das Land auch wirklich selbst nutzen. Klar ist aber, dass viele längst nicht mehr mit der Pacht zufrieden sind, die ihnen vom Gesetz her zusteht. Je nach der Qualität des Landes beträgt die Pacht zwischen F\$45 und F\$480 pro Hektar. Nicht viel, bedenkt man, dass viele die Hände aufhalten, wenn die Pacht verteilt wird (s.o.). Hier kommt es dann sehr darauf an, wie groß die landbesitzende Gruppe (Mataqali) ist, wie viele Familien sie umfasst und über wie viel Landbesitz sie verfügt. In Jahr 2002 waren es in manchen Fällen gerade mal F\$2, die an einzelne Mataqali-Mitglieder als Pacht ausbezahlt wurden, in anderen Fällen fast F\$4.000.



Bild 1: Anlieferung des Zuckerrohrs zur Zuckermühle in Labasa

Gemessen an internationalen Standards ist die Pacht nicht besonders hoch: Zwischen drei und 11 Prozent des Bruttowertes der Produktion. Um die Pacht aber ein wenig aufzubessern, verlangen häufig die Landeigentümer eine Sonderzahlung, wenn die Verhandlungen über die Erneuerung der Pacht anstehen. „Goodwill payments“, die die Verpächter gnädig stimmen sollen, sind zwar vom Gesetz her verboten, aber inzwischen eher die Regel als die Ausnahme. Was durchaus als schlichte Erpressung angesehen werden kann, kostet den Pächtern einige tausend Dollar. Nur um sicherzustellen, dass die Pacht erneuert wird.

In den meisten Fällen dürften es aber politische Gründe sein, die dazu führen, dass immer mehr indisch-stämmige Zuckerrohrfarmer ihr Pachtland und damit ihre Existenzgrundlage verlieren. Schon 1975 hatte Sakiasi Butadroka, Führer der damals gerade gegründeten „Fijian Nationalist Party“, einen Antrag im Parlament eingereicht, wonach alle Fidschianer indischer Abstammung nach Indien ausgesiedelt werden sollen: Menschen, die zum Teil schon in der dritten Generation in Fidschi leben, die noch nie in Indien waren, dort keinerlei Ansprüche auf Eigentum oder Landbesitz hatten. Idi Amin auf fidschanisch! Auch wenn das Parlament von Fidschi den Antrag ablehnte, kommt darin der Konflikt zwischen den beiden stärksten ethnischen Gruppen in Fidschi sehr deutlich zum Vorschein: Auf der einen Seite die Fidschianer, die in der Mehrzahl noch immer auf dem Lande leben, häufig von subsistenz-ähnlicher Landwirtschaft, und auf der anderen Seite die Nachfahren indischer Einwanderer, entweder in der kommerziellen Landwirtschaft verankert, oder in Städten lebend und hier als Händler, Ärzte, Rechtsanwälte und in ähnlichen Berufen eine indische städtische Mittelschicht darstellen.

Auch sind nicht alle indisch-stämmigen Menschen in Fidschi Nachfahren der Kontrakt-

arbeiter in den Plantagen. Viele waren auch als „freie“ Einwanderer nach Fidschi gekommen: Farmer aus dem Punjab, Händler und Handwerker aus Gujarat, religiöse Führer und Rechtsanwälte, Lehrer und Ärzte. Diese freien Immigranten waren im Gegensatz zu den indischen Kontraktarbeitern besser gebildet und auch reicher. Allmählich bildete sich eine indisch-stämmige Mittelschicht heraus, die auch wirtschaftlich erfolgreich war. Es ist aber keineswegs so, dass Inder in Fidschi reicher sind als die Fidschianer. Ein paar wenige indische Geschäftsleute dominieren wichtige Teile der fidschianischen Wirtschaft, haben also die wirtschaftliche Macht inne. Häufig hört man von fidschianischer Seite, die Inder sollten deshalb freiwillig auf die politische Macht verzichten, da sie ja die wirtschaftliche Macht inne hätten. Die bestehenden Zustände seien also eine quasi natürliche "Gewaltenteilung". Vieles hinkt aber an diesem Vergleich: Es sind nicht die Inder, die die wirtschaftliche Macht innehaben. Es sind vielmehr eine Handvoll Inder, die wirtschaftlich sehr erfolgreich sind. Die Mehrzahl der Inder ist aber sehr arm, wie auch die Mehrzahl der Fidschianer, die ja auch keineswegs alle die politische Macht innehaben. Es scheint so zu sein, dass der Rassenkonflikt in Fidschi sehr vortrefflich mithilft, den Klassenkonflikt zu überdecken und von ihm abzulenken. Der Konflikt trägt auch dazu bei, dass sich die fidschianischen und indisch-stämmigen Unterschichten schwer damit tun, sich miteinander zu solidarisieren, um gemeinsam für eine Verbesserung ihrer Lage einzutreten.

Der Konflikt ist also bei weitem komplexer, als er auf den ersten Blick erscheinen mag. Weder stellen die Fidschianer noch die Inder eine homogene Gruppe dar. Arm und Reich gibt es in beiden ethnischen Lagern. „Regiert“ werden die Fidschianer von ihren Häuptlingen, deren Existenz davon abhängt, in wie weit sie den stattfindenden Kulturwandel abschwächen oder in ihrem Sinne beeinflussen können. Durch die Modernisierung der fidschianischen Gesellschaft haben die Häuptlinge bereits viel an Einfluss verloren. Die traditionellen Führer haben es aber verstanden, Schlüsselpositionen in den modernen politischen Institutionen und der Verwaltung zu besetzen. Eifersüchtig wachen sie darüber, dass sie die politischen Geschicke in Fidschi kontrollieren können. Als 1987 die indisch dominierte Labour Party zusammen mit der Federation Party an die Macht kam, dauerte es keine vier Wochen, bis durch einen Militärputsch die alten politischen Verhältnisse wieder hergestellt waren. Auch wenn 1987 der Premierminister Dr. Timoci Bavadra noch ein Fidschianer war, war es für viele schon zu viel, eine indisch dominierte Partei an der Regierung beteiligt zu sehen. 12 Jahre später war es dann so weit und mit Mahendra Chaudhry wurde im Mai 1999 der erste indisch-stämmige Premierminister vereidigt. Diesmal dauerte es haargenau ein Jahr, bis ein weiterer Putsch den Indern in Fidschi erneut deutlich machte, dass sie gefälligst die Hände von der politischen Macht lassen sollten.

Doch zurück zum Zucker. Kontrolle über Land ist Kontrolle über Existenzen. Indisch-stämmige Zuckerrohrfarmer hängen vom Wohlwollen der fidschianischen Pächter ab. Vielmehr noch, sie hängen vom Wohlwollen des „Native Lands Trust Board“ (NLTB) ab, einer Einrichtung, die bereits von den Briten geschaffen worden war und die zwischen Pächtern und Verpächtern vermittelt. Sie verwaltet treuhändisch das Land der fidschianischen Pächter und kann eine Erneuerung der Pacht selbst dann ablehnen, wenn die Landeigentümer eigentlich schon ihr OK gegeben haben.

Über Jahrzehnte hinweg war der Zuckersektor der die fidschianische Wirtschaft bestimmende Wirtschaftszweig. Ganze Regionen hängen von ihm ab. Städte wie die „sugar city“ Lautoka, Ba, Tavua oder auch Labasa sind ohne den Zuckerrohranbau kaum

(über)lebensfähig. Es ist wirklich nicht so, dass die Zuckerrohrbauern richtig reich wären. Ganz im Gegenteil: 92 Prozent von ihnen verdienen weniger als F\$2.000 im Jahr, weit unter der Armutsgrenze, die die fidschianische Regierung mit F\$100 pro Woche angibt. Und dennoch blühen die Städte auf, florieren die Geschäfte, wenn nach der Zuckerrohrernte die Bauern ihre Auszahlung von der „Fiji Sugar Corporation“ erhalten. Ohne diese zig Millionen Dollar sähe es im Westen Viti Levu und im Norden Vanua Levu, den beiden Hauptanbaugebieten von Zuckerrohr, düster aus.

Der Zuckersektor ist auch wirtschaftlich in einer ernsten Krise. Die Produktivität der Zuckerrohrbauern ist erschreckend niedrig und die Produktionskosten mit F\$40 pro Tonne im internationalen Vergleich sehr hoch. Zwischen F\$50 und F\$60 erhält der Landwirt von der „Fiji Sugar Corporation“ für eine Tonne Zuckerrohr. Da bleibt selbst in guten Jahren nicht viel übrig. Zu wenig, um einen Rückgang des Produzentenpreises auffangen zu können, der kommt, wenn die EU-Subventionen wegfallen oder zumindest deutlich geringer werden. Nach einem Bericht der Fiji Times vom 30. April 2005 geht John May, geschäftsführender Direktor der „Fiji Sugar Marketing Company“ davon aus, dass 2006 der Zuckerpreis um 23 Prozent fallen wird und dann 2007 um nochmals 14 Prozent. Das wäre dann bereits ein Preis deutlich unter den Produktionskosten. Ein Jahr später nannte Jagannath Sami vom „Fiji Sugar Cane Growers Council“ ähnliche Zahlen. Er wies darauf hin, dass ohne einen erheblichen Anstieg der Produktivität bis 2009 die Produktionskosten für Zuckerrohr über den der Produzentenpreise steigen werden.

Es bleibt aber auch deshalb so wenig für die Bauern übrig, weil die Zuckermühlen viel zu teuer produzieren. Die Penang-Mühle in Rakiraki ist mit F\$340 pro Tonne produzierten Zuckers die teuerste unter den vier Zuckermühlen des Landes, gefolgt von der Mühle in Lautoka mit F\$320, der in Labasa mit F\$230 und schließlich der Raiawai-Mühle in Ba mit F\$160. Vergleicht man dagegen die Produktionskosten einer Zuckermühle in Indien (F\$70), dann wird deutlich, woran der Zuckersektor in Fidschi leidet. Dabei ist es noch gar nicht so lange her, das auch in Fidschi eine Tonne Zucker für F\$66 produziert werden konnte und zwar in einer erheblich besseren Qualität als heute.

Die „Fiji Sugar Corporation“ ist im Grunde genommen bankrott. In den letzten Jahren ist sie lediglich mit Hilfe von immer neuen Staatsbürgschaften und Krediten am Leben gehalten worden. Von den mehr als 300 Millionen F\$, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten für die Modernisierung der Zuckermühlen ausgegeben wurden, ist aber auch gar nichts zu spüren: Weder konnte die Kapazität der Mühlen gesteigert werden, noch die Produktionskosten verringert werden, noch eine Verbesserung der Zuckerqualität erreicht werden.

Fidschi und der internationale Handel mit Zucker

Als ob die internen Probleme des Zuckersektors nicht schon groß genug wären... Was in den vergangenen Jahren sich außerhalb Fidschis zusammenbraute und jetzt mit aller Macht auf die Zuckerrohrbauern hier einbricht, könnte den gesamten Zuckerrohranbau innerhalb weniger Jahre aus Fidschi verschwinden lassen und mit ihm tausende Arbeitsplätze. Vieles spricht auch dafür, dass manche der internen Probleme sehr eng mit den Bedingungen zusammenhängen, unter denen Fidschi in den letzten Jahrzehnten in den internationalen Handel mit Zucker eingebunden war, z.B. der marode Zustand der Zuckerfabriken.

Dabei hatte alles so gut ausgesehen: Lange bevor Fidschi 1970 von Großbritannien in die Unabhängigkeit entlassen wurde, hatte man in London dem Zuckersektor des Landes eine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Bereits im „Commonwealth Sugar Agreement“ von 1951 erhielten Fidschi, die britischen Karibikinseln, Mauritius im Indischen Ozean und Südafrika einen ganz besonderen Status, was den Zuckerhandel zwischen diesen Territorien und Großbritannien betraf. Heute würden wir dies eine „win-win-Situation“ nennen: Die Zuckerrohrproduzenten in den Kolonien erhielten einen im Vergleich zum Weltmarkt weitaus höheren Preis und die britischen Raffinerien konnten sich die Versorgung an Rohzucker sichern.

Jahrhundertlang hatte Zucker für Großbritannien eine besondere Rolle gespielt. In vielen der britischen Kolonien wurde Zuckerrohr in Monokulturen angebaut, dort auch schon zu Rohzucker verarbeitet. In Großbritannien wurde dann dieser Rohzucker raffiniert. Auch heute noch unterhält Tate & Lyle, einer der weltgrößten Zuckerproduzenten, eine Raffinerie in London, die sich ganz auf die Verarbeitung von aus Zuckerrohr hergestelltem Zucker spezialisiert hat. Eine Tradition, die noch aus den guten alten Kolonialzeiten übrig geblieben ist! Damals gab es viele solcher Hafen-Raffinerien. Sie veredelten den Zucker, der aus den Kolonien herbeigebracht wurde.

Lange Zeit war Zuckerrohr die einzige Pflanze, aus der Zucker hergestellt wurde. Das änderte sich erst, als 1748 der deutsche Wissenschaftler Andreas Markgraf ein Verfahren entwickelte, mit dem aus Rüben Zucker gewonnen werden konnte. 1799 wurde die erste Zuckerrübenfabrik in Breslau gebaut, in der gerade mal sechs Tonnen Zucker im Jahr produziert wurden.

Erst durch die Napoleonischen Kriege wurde der Anbau von Zuckerrüben populärer. Als die britische Marine die französischen Häfen blockierte und damit Zuckereinfuhren aus den Kolonien verhinderte, forderte Napoleon 1811 die französischen Landwirte auf, Zuckerrüben anzubauen. Er verbot Zuckerimporte und gab Subventionen an Landwirte, Wissenschaftler und andere, die beim Aufbau einer französischen Zuckerindustrie mithalfen.

Innerhalb von zwei Jahren wurden in Frankreich auf mehr als 65.000 ha Zuckerrüben angebaut und allerorts schossen kleine Zuckerfabriken aus dem Boden. Andere europäische Nationen taten es Frankreich gleich, insbesondere Deutschland. Nur Großbritannien hinkte sehr stark hinterher, was den Aufbau einer Zuckerindustrie betraf, die auf einheimischen Rohstoffen, also auf Zuckerrüben, basierte. Die britischen Raffinerien wurden reichlich vom Rohzucker aus den Kolonien beliefert, weshalb sollte man deshalb an Zuckerrüben denken?

Als 1973 Großbritannien jedoch der Europäischen Gemeinschaft beitrug, sah alles plötzlich ganz anders aus. Der europäische Binnenmarkt brauchte kaum noch Zuckerimporte, man produzierte eigentlich genug. Dennoch konnte sich die britische Regierung durchsetzen und das 1951 abgeschlossene Commonwealth Sugar Agreement mit in die Europäische Gemeinschaft übernehmen. Man wollte jenen Zucker-Raffinerien, die technologisch auf die Verarbeitung von Rohzucker ausgelegt waren, nicht von einem auf den anderen Tag den Garaus machen.

Die AKP-Staaten und das Zuckerprotokoll

Das Zuckerprotokoll zwischen der Europäischen Union und der Gruppe ehemaliger europäischer Kolonien, die sich als AKP-Staaten zusammengeschlossen hatten, trat 1970 in Kraft. Es war den verschiedenen Lomé-Abkommen als Zusatzprotokoll angegliedert und ersetzte das „Commonwealth Sugar Agreement“ von 1950, mit dem sich vor allem Großbritannien die Versorgung ihrer Raffinerien mit Rohrzucker sicherstellen wollte (s.o.).

Das letzte Lomé-Abkommen lief im Jahre 2000 aus. Im Juni 2000 sollte dann eigentlich ein weiteres Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten in der Hauptstadt Fidschis, Suva, abgeschlossen werden. Aus dem Suva-Abkommen wurde dann aber nichts, weil ein Monat zuvor Fidschis erster indisch-stämmiger Premierminister aus dem Amt gepusht worden war und das Land sich noch immer im Ausnahmezustand befand. Das Abkommen zwischen der EU und AKP-Staaten wurde schließlich in Cotonou, einer kleinen Stadt in Benin unterzeichnet und heißt dementsprechend Cotonou-Abkommen. Das im Jahre 2000 angeschlossene Abkommen enthält wie schon die früheren Lomé-Abkommen ein Protokoll, das die Lieferung von Rohrzucker, der in den AKP-Staaten produziert wurde, regelt.

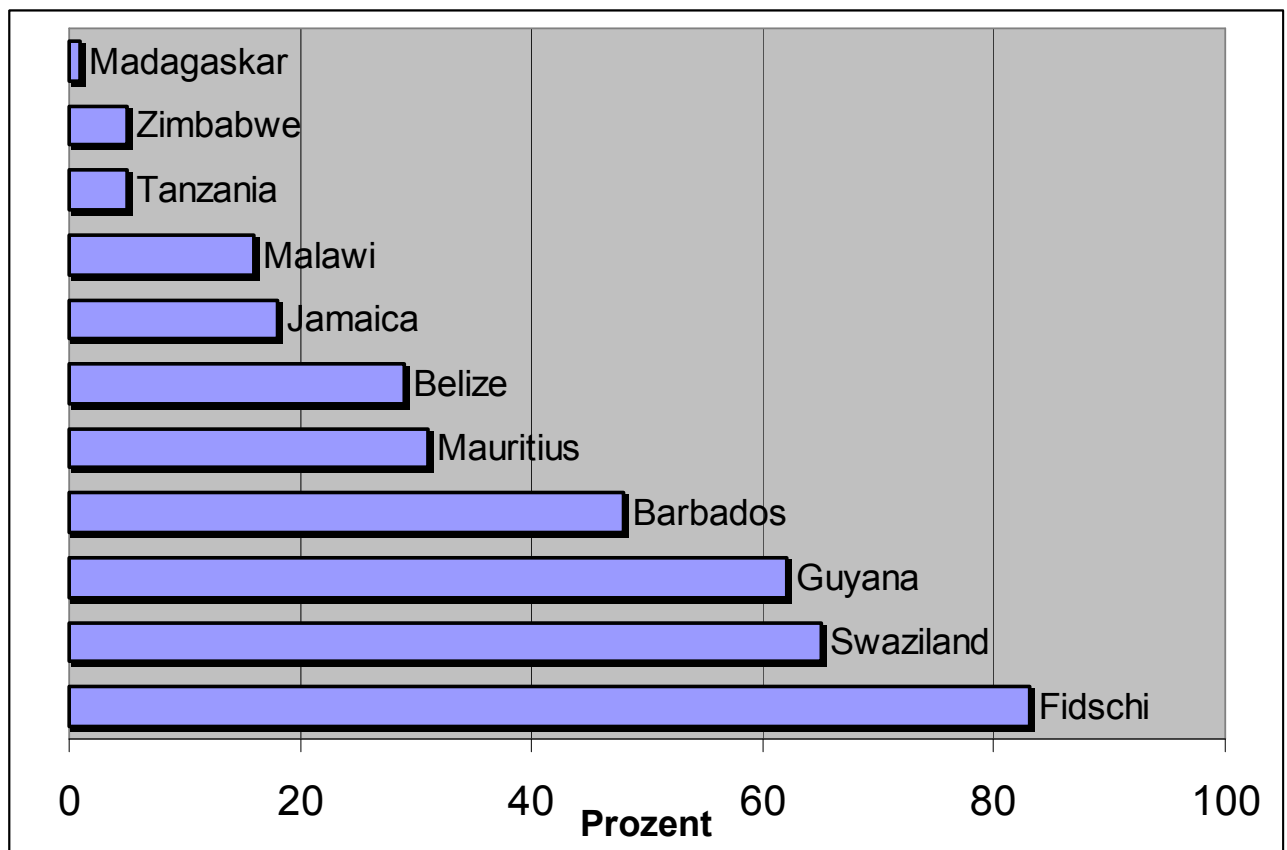


Abbildung 3: Anteil der Zuckerexporte wichtiger AKP-Länder in die EU

Aus der Sicht einiger Zuckerproduzenten unter den AKP-Staaten war das Zuckerprotokoll eine großartige Sache: Man brauchte sich nicht um einen Absatzmarkt kümmern, da die EU garantierte, eine bestimmte Menge Zucker zu importieren (Quote). Besser noch, auch der Preis stimmte, denn er wurde festgelegt, wie auch der Zuckerpreis der Produzenten

innerhalb der EU. Dieser wurde beständig auf einem Niveau gehalten, das deutlich über dem Weltmarktpreis lag. Für manche der AKP-Staaten war Zucker eine richtige Goldgrube, zumindest kurzfristig. Durch die Subventionen brauchte man sich aber wenig Gedanken und schon gar keine Sorgen um den Zustand des Zuckersektors zu machen. Modernisierung von Produktion und Verarbeitung, Steigerung der Produktivität, wer denkt denn schon an so was, wenn Absatzmarkt und Absatzpreise stimmen. Da war es vielen Regierungen dann schon lieber, mit den Einnahmen aus den Zuckerexporten Haushaltslöcher zu stopfen anstatt im Zuckersektor zu investieren.

Was so lange so gut war, verschärft nun die Krise in Fidschi. Wenn in wenigen Jahren die Produzenten von Zuckerrohr in Fidschi mit denen in Brasilien, Thailand und Australien konkurrieren müssen, dann wird ihnen das nicht leicht fallen. Die Betriebe in Fidschi sind allesamt viel zu klein, um die Produktivität erreichen zu können, wie sie anderswo üblich ist. Hier wirkt sich der Umstand verhängnisvoll aus, dass schon in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts das Plantagensystem aufgebrochen wurde, und Fidschis Zuckervirtschaft fortan von kleinbäuerlichen Betrieben geprägt ist.

Auch der marode Zustand der Zuckermühlen hängt sehr eng mit den EU-Subventionen zusammen. Weshalb sollte der Staat auch viel Geld in die Modernisierung der Zuckermühlen stecken, wenn niemand so recht auf die Produktionskosten achten musste, da der EU Zuckerpreis so konkurrenzlos hoch war, dass sich Zuckermühlen rentierten, die anderswo längst als Industriemuseen ausgemustert worden wären?

Für die EU lohnt sich das alles nicht mehr so recht wirtschaftlich, denn längst ist man auf die Zuckerlieferungen aus den ehemaligen britischen Kolonien nicht mehr angewiesen, längst produzieren die Zuckerrübenbauern in Frankreich, Deutschland und anderen EU-Staaten erheblich mehr, als innerhalb der EU konsumiert wird. Für einzelne Unternehmen kann dies freilich schon ganz anders aussehen: Der aus den AKP-Staaten importierte Rohzucker wird raffiniert und dann als Weißzucker wieder exportiert, häufig zurück in Entwicklungsländer, wo er herkam, und dies zu Preisen, die unter den Produktionskosten liegen. Da es nicht die Raffinerien sind, die die hohen Subventionen zahlen, lohnt sich dieses System für sie durchaus, nicht aber für die EU.

Diese wollte mit Zucker Entwicklungspolitik machen. Seit den ersten Lomé-Abkommen galt diese Art der Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten als Paradebeispiel vortrefflicher Entwicklungspolitik. Die EU will nun ungern auf den politischen Einfluss verzichten, den sie durch das Zuckerprotokoll auf einige der AKP-Staaten hatte, auch wenn gerade die EU-Zuckermarktordnung von vielen Seiten heftig kritisiert wurde: Von den Konsumenten, die nicht einsahen, überhöhte Zuckerpreise bezahlen zu müssen und von den Nicht-AKP-Entwicklungsländern, die keinen Zugang zum EU-Markt hatten, die aber erfahren mussten, wie EU-Zuckerexporte auf den Weltmarktpreis drückten. Von hier kam dann schließlich der stärkste Druck.

Bereits 2002 hatte Brasilien, weltgrößter Zuckerproduzent und Exporteur, die Welthandelsorganisation angerufen, weil die EU höhere Zuckerexporte subventionierte als nach den Bestimmungen der WTO zulässig war und auch die Summe der Subventionen nicht mit den Verpflichtungen der EU als WTO-Mitgliedsland in Einklang stand. Australien und Thailand schlossen sich der Beschwerde Brasiliens an. Im August 2004 verkündete dann die Beschwerdestelle der WTO ihren vorläufigen Beschluss, das auch das Präferenz-

system zwischen der EU und den AKP-Staaten betrifft. Der WTO-Schiedsspruch bestätigt, dass die EU seit Jahren die ihr zugestandene Obergrenze von 1,2 Millionen Tonnen subventionierter Zuckerexporte um mindestens 2,8 Millionen Tonnen pro Jahr überzieht und auch die Obergrenze von Exportsubventionsausgaben in Höhe von 466 Millionen Euro überschreitet.

Ende April 2005 wurde dann der WTO-Beschluss bekräftigt. Im Klartext bedeutet dies, dass die EU Subventionen für Zucker sehr stark reduzieren müssen. Australiens Handelsminister Mark Vaile lobte den WTO-Beschluss. Er wies darauf hin, dass durch den Beschluss in Zukunft vier Millionen Tonnen subventionierter Zucker weniger den Weltmarkt belasten werden und dass dies einen gewaltigen Unterschied für Australiens Produzenten mache. Der WTO-Beschluss ist im Grunde nicht gegen das Zuckerprotokoll gerichtet, sondern gegen die Praxis der EU-Zuckerexporte. Theoretisch wäre es also vorstellbar, dass die EU die Verpflichtungen gegenüber den AKP-Staaten auch in Zukunft beibehält. Dies wäre jedoch nur möglich, wenn die Zuckerproduktion innerhalb der EU erheblich reduziert würde, denn irgendwo müssen ja die Überschüsse hin, die die EU zweifelsohne hat.

In Fidschi wurde die Nachricht vom Beschluss der WTO sehr besorgt aufgenommen. Der Generalsekretär der „Fiji National Farmers Union“ (und frühere Premierminister) Mahendra Chaudhry sagte, dass Fidschi durch den Beschluss jährlich etwa 120 Millionen Dollar Mindereinnahmen bei den Zuckerexporten haben werde. Man müsse befürchten, dass dies 200.000 Menschen in tiefe Armut stürzen werde, deren Lebensunterhalt von der Zuckerindustrie abhängt.

Die britische Entwicklungshilfeorganisation OXFAM beobachtet die Entwicklungen des europäischen Zuckermarktes und seiner Auswirkungen auf die Entwicklungsländer über Jahre hinweg. Bereits im Jahr 2001 hatte die EU eine Initiative angekündigt, mit der sie den europäischen Agrarmarkt für Importe aus den 49 ärmsten Entwicklungsländern fördern wollte. Viele Produkte, darunter auch Zucker, sollten zukünftig viel leichter in die EU importiert werden können. „Everything but arms“ so der Slogan der Initiative, die damals schon sehr misstrauisch von den AKP-Staaten beäugt wurde, befürchtete man doch, dass die EU verschiedene Entwicklungsländer gegeneinander ausspielen könnte, anstelle die eigene Zuckerproduktion zu reduzieren – eine Sorge, die nicht ganz unberechtigt ist, denn wer kann denn schon richtig verstehen, dass der zweitgrößte Zuckerproduzent der Welt, der erheblich mehr produziert als er verbraucht, zusätzlichen Zucker von überall in der Welt her aufkauft und das zu Preisen, die 2-3 Mal höher sind als der Weltmarktpreis.

Präferenzzucker, Quoten und das Elend, nicht konkurrenzfähig sein zu müssen

Als 1975 aus dem Commonwealth Sugar Agreement das Zuckerprotokoll im Rahmen der Lomé-Konvention wurde, erhielten die AKP-Staaten eine Quote von etwas mehr als 1,3 Millionen Tonnen Zucker, der zu Sonderbedingungen in die EG importiert werden konnte. Im Grunde genommen stellt das Präferenzabkommen die Zuckerproduzenten in den AKP-Staaten jenen in der EU gleich. Es bindet diese in ein Preisstützungssystem ein, das Erzeugerpreise garantiert, die weit über dem Weltmarktpreis für Zucker lagen. Während der 1990er Jahre konnte Fidschi beständig einen Preis für den nach Europa exportierten

Zucker bekommen, der zwei bis drei Mal höher als der Weltmarktpreis war. In den vergangenen Jahren betrug der EU Interventionspreis für Rohzucker EUR 523 pro Tonne. Der Weltmarktpreis schwankte zwischen EUR 110 und EUR 200. Fidschi hat gegenwärtig eine Quote von etwas mehr als 165.000 Tonnen, das sind 12,7 Prozent der AKP Gesamtquote.

Die EU spielt eine sehr wichtige Rolle im internationalen Handel mit Zucker. 1999 war die EU zweitgrößter Produzent und Exporteur. Als zusätzlich wichtigster Importeur nahm die EU eine ganz besondere Rolle im Handel mit Zucker ein. Die EU und 9 weitere Staaten (unter ihnen Brasilien, Australien, Thailand und Kuba) machten über 80 Prozent der weltweiten Exporte unter sich aus. Eine Reform der EU-Marktordnung für Zucker hat deshalb nicht nur beträchtliche Auswirkungen auf einige Mitgliedsstaaten der EU, sondern sie zieht weltweite Kreise.

Produktion		Exporte		Importe	
Brasilien	26,400,000	Brasilien	13,311,194	EU (15)	4,663,627
EU (15)	16,506,000	EU (15)	7,437,283	Russland	4,276,735
Indien	15,450,000	Thailand	5,350,017	Südkorea	1,561,113
China	10,730,000	Australien	2,402,453	Indonesien	1,540,388
USA	7,843,000	Kuba	1,808,967	USA	1,528,766
Thailand	6,900,000	Colombien	1,305,167	Ukraine	1,488,163
Mexico	5,330,000	Indien	1,275,113	Japan	1,479,183
Australien	4,994,000	Südafrika	1,004,214	Kanada	1,445,461
Pakistan	4,047,000	Mauritius	491,975	Malaysien	1,371,447
Colombien	2,635,000	Polen	459,950	China	1,240,425
gesamt 1 - 10	100,835,000	gesamt 1 - 10	34,846,333	gesamt 1 - 10	20,595,308
gesamt Welt	141,955,000	gesamt Welt	42,002,976	gesamt Welt	40,499,990
1-10 Anteil globale Produktion	71.03	1-10 Anteil globale Exporte	82.96	1-10 Anteil globale Exporte	50.85

Tabelle 4: Die wichtigsten Produzenten, Export- und Importländer von Zucker (2003)

Über Jahrzehnte hinweg hat die EU Zucker (und andere agrare Rohstoffe) vor ausländischer Konkurrenz abgeschirmt. Lediglich solche Länder, die ein Präferenzabkommen mit der EU hatten, konnten Zucker dorthin einführen. Dies betraf vor allem jene der AKP-Staaten, die bereits in kolonialen Zeiten Zucker für Europa anbauten.

Innerhalb der EU - durch zusätzlichen Druck von Seiten der WTO - konnte der Zuckerssektor nicht für immer so weiterbetrieben werden. Wie auch andere Bereiche der gemeinsamen Agrarpolitik wurden weitgehende Änderungen im Zuckerbereich als immer dringlicher angesehen. Mehr Import musste zugestanden werden, und zwar vor allem in solchen Ländern, die kein Präferenzabkommen mit der EU hatten, der Interventionspreis und damit der Erzeugerpreis konnten nicht für immer auf einem Niveau so deutlich über dem Weltmarktpreis festgesetzt sein. Und schließlich sah sich die EU auch immer mehr

unter Druck, was Exportsubventionen für Zucker betraf.

Die Reform des Zuckersektors sieht demnach – beginnend mit dem Juli 2006 – eine fast 40 prozentige Reduzierung des garantierten Mindestpreises für Zucker vor und eine 42 prozentige Reduzierung des Mindesterzeugerpreises für Zuckerrüben. Um die Einschnitte weniger hart ausfallen zu lassen, erhalten Landwirte eine Entschädigung von etwa 60 Prozent in Form einer Subvention für Umweltschutz und Bodenbewirtschaftung. Um der EU (und den Landwirten und Zuckerfabriken) den Übergang besser verkraftbar zu machen, vollzieht er sich in Phasen. So wird der Preis ab 2006/7 binnen vier Jahren um 36 % gesenkt (von 632 auf 404 EUR pro Tonne), und zwar im ersten Jahr um 20 %, im zweiten um 27,5 %, im dritten um 35 % und im vierten schließlich um 36 %. Die Landwirte erhalten eine Ausgleichszahlung in Höhe von durchschnittlich 64,2 %, berechnet auf der Grundlage der endgültigen 36-prozentigen Preissenkung. Diese Beihilfe wird in die Betriebsprämienregelung einbezogen und ist an die Einhaltung bestimmter Standards für Umweltschutz und Bodenbewirtschaftung gebunden. Im Rahmen einer freiwilligen Umstrukturierungsregelung mit vierjähriger Laufzeit können die Zuckerfabriken in der EU eine Beihilfezahlung erhalten; damit soll ein Anreiz für Fabrikschließungen und Quotenverzicht geschaffen und bei der Bewältigung der sozialen und ökologischen Folgen der Umstrukturierung geholfen werden. Hierfür stellt die EU einen Betrag von 5,7 Milliarden EUR zur Verfügung.

Nach Angaben der EU bleibt Europa für die Entwicklungsländer weiterhin ein attraktiver Markt, auf dem sie ihren Zucker absetzen können. Für die Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks mit traditionellen Zuckerexporten in die EU schlägt die Kommission ein Unterstützungsprogramm vor, das sich zunächst im Jahr 2006 auf 40 Mio. EUR belaufen wird. Für den Zeitraum 2007-2013 sind weitere langfristige Unterstützungsmaßnahmen vorgesehen, deren genauere Gestalt von den Ergebnissen der Beratungen über die finanzielle Vorausschau abhängt. Viele AKP-Länder bemängeln jedoch, dass die Reform drastische Auswirkungen auf ihre Zuckerexporte hat. Auch wenn Marktzugang weiterhin besteht, führen die fallenden Preise zu deutlich geringeren Deviseneinnahmen aus Zuckerexporten. Auch seien die versprochenen 40 Millionen EUR für Unterstützungsmaßnahmen bei weitem nicht genug, um die Auswirkungen der EU-Marktreform auf bestimmte AKP-Länder abzufedern. Die britische Entwicklungshilfeorganisation OXFAM geht davon aus, dass Gelder in der Größenordnung von 500 Millionen Euro jährlich notwendig sind, um in den AKP-Ländern die negativen Auswirkungen der EU-Reform wirtschaftlich und sozial zu bewältigen.

Ab 2009 werden die AKP-Länder dann auch mit der Konkurrenz anderer Entwicklungsländer fertig werden müssen. Ab dann gestattet die EU unter dem bereits erwähnten „Everything but arms Agreement“ vielen Entwicklungsländern Marktzugang für Produkte, die bislang keinen Zugang zum Markt der EU hatten.

Die Auswirkungen der Reform des EU-Zuckermarktes dürften eine starke Reduzierung der Zuckerproduktion innerhalb der EU bewirken. Es werden Zahlen genannt, die für das Jahr 2014 von einer Produktion von 12 Millionen Tonnen ausgehen, acht Millionen Tonnen weniger als gegenwärtig. Bei einem geschätzten Verbrauch der EU von 16 Millionen Tonnen im Jahr würde die EU sich von einem Netto-Exporteur zu einem Netto-Importeur von Zucker verwandeln.

Es ist allerdings fraglich, ob AKP-Länder wie zum Beispiel Fidschi unter jenen sein werden, die von diesem Wandel profitieren werden. Viel wahrscheinlicher ist, dass jene Entwicklungsländer, die schon heute zu Weltmarktbedingungen produzieren, am meisten profitieren, also Länder wie Brasilien und Thailand.

Wie soll's nun weitergehen.....?

Seit Jahren geistert ein Begriff durch Fidschi, mit dem die einen die Gesundung der Zuckerindustrie verbinden, die anderen aber Horror pur. „Umstrukturierung“ ist, wovon alle reden, doch niemand lässt so recht die Katze aus dem Sack. Die Politik, und das umfasst auch die Bauerngewerkschaften, konzentriert sich auf technische und institutionelle Fragen. Wie können die Zuckermühlen modernisiert werden, was soll mit den Schmalspureisenbahnen geschehen, die bislang unter hohen Kosten von der FSC betrieben wurden, und nun verschwinden sollen (oder nicht)? Die Frage, ob zukünftig das Zuckerrohr auf LKWs zu den Mühlen gebracht werden soll (oder nicht) bewegt ebenso die Gemüter wie die Frage, ob die FSC aufgelöst und die vier Zuckermühlen des Landes privatisiert werden sollen. Im Grunde genommen sind sie das schon, doch nun soll jede Mühle für sich selbst wirtschaften, und die selbstverständlichen jährlichen Stützungskredite der Regierung sollen verschwinden.

Dies alles sind durchaus sehr wichtige Fragen, doch die meisten scheuen sich auszusprechen, dass mit der Umstrukturierung des Zuckersektors auch die durchschnittlichen Betriebsgrößen gewaltig ansteigen müssen, denn sonst sind die Betriebe international kaum konkurrenzfähig zu machen. Viele kleine Betriebe werden in den nächsten Jahren verschwinden. Kaum jemand ist so mutig, darauf hinzuweisen, dass die Mechanisierung des Zuckerrohranbaus, vor allem der Zuckerrohrernte, kaum aufzuhalten sein wird und dass dann viele Erntearbeiter nicht mehr gebraucht werden.

Seit 2001 gab es eine große Anzahl Untersuchungen, die Lösungsvorschläge erarbeiten sollten, wie dem Zuckersektor wieder auf gesunde Beine geholfen werden kann. Der „Elisha Report“ schlägt vor, die vier Zuckerfabriken aus der Fiji Sugar Corporation auszulagern und zu eigenständigen Unternehmen zu machen. Auch das bislang von der FSC betriebene Bahnnetzwerk solle zukünftig von einem privaten Unternehmen betrieben werden. Diese Maßnahmen sollen dazu führen, dass wirtschaftliche Kriterien in der Zuckerproduktion an vorderster Stelle stehen und dadurch eine Erhöhung der Produktivität erreicht wird. Einige Interessensgruppen (FSC, Sugar Commission of Fiji, Sugar Cane Growers Council) zeigten sich wenig begeistert vom Elisha Report und legten ihre eigenen Vorschläge vor. Danach soll die FSC in ein privates Unternehmen umgewandelt werden, und die Aufteilung der Erlöse aus Zuckerexporten zugunsten der FSC von 30 auf 40 Prozent angehoben werden. So richtig zufrieden war die Regierung vom Vorschlag der Zuckerindustrie nicht und beauftragte die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) eine weitere Studie zu erarbeiten. In ihrem Report schlägt die ADB vor, mit einem Aufwand von 170 Millionen F\$ die Infrastruktur zu modernisieren, um die Produktivität auf ein internationales Niveau anzuheben. 2.000 Angestellte der Fiji Sugar Corporation sollen dadurch „eingespart“ werden können. Etwa 9.000 Landwirte würden zur Aufgabe gezwungen werden. Die FSC solle in vier eigenständige Aktiengesellschaften umgewandelt werden (SACs, stand-alone companies), an denen die Landwirte, die Angestellten der Zuckerfabriken, die Landeigentümer und die Regierung beteiligt wären. Wie schon vorausge-

gangene Vorschläge sieht der ADB-Plan auch einen größeren Anteil an den Erlösen aus den Zuckerexporten für die Fabriken vor (40 Prozent).

Trotz all dieser Vorschläge kann auch heute noch niemand garantieren, dass nach ihrer Umsetzung Zucker aus Fidschi wieder international bestehen kann. Ein paar Überlegungen gibt es, was dann geschehen könnte, wenn dies trotz aller Anstrengungen nicht möglich ist. So wird derzeit geprüft, ob es in Zeiten hoher Ölpreise möglich ist, Zucker für die Energiegewinnung und zur Produktion von Motorensprit zu benutzen. Derzeit ist Viti Levu vollkommen von der Stromgewinnung aus Wasserkraft abhängig. In Dürrezeiten, wenn der Wasserpegel der Staudämme zu niedrig ist, um die Stromgeneratoren anzutreiben, muss das nationale Stromversorgungsunternehmen auf dieselbetriebene Generatoren zurückgreifen und das kommt dann teuer. Die vier Zuckermühlen des Landes produzieren gewaltige Mengen Bargasse, die als die harten Teile des Zuckerrohrs nach dem Auspressen übrig bleiben. Die Bargasse kann getrocknet und in modernen Kraftwerken zur Stromgewinnung verbrannt werden. Da bei der Verbrennung von Bargasse als nachwachsender Rohstoff kein zusätzliches Kohlendioxid an die Atmosphäre abgegeben wird, könnte Fidschi sogar vom Kyoto-Protokoll profitieren und an die EU CO₂-Emissionszertifikate verkaufen.

2003 hat Fidschi etwas 325 Millionen F\$ ausgegeben, um fossile Energieträger zu importieren, mehr als das Land durch den Export von Zucker an Devisen einnahm. Etwa ein Viertel davon wurde als Kraftstoff für Fahrzeuge verwendet. Da Fidschi über keine eigenen fossilen Rohstoffe verfügt, wird auch in Zukunft der Importbedarf an fossiler Energie nicht kleiner werden, sondern wahrscheinlich stark ansteigen.

Durch Fermentierung und Destillation kann aus Zuckerrohr Ethanol gewonnen werden, das sich zum Betreiben von Fahrzeugmotoren eignet. Ohne jegliche Umstellung der Motoren kann dem Benzin bis zu 25 Prozent Ethanol beigefügt werden, d.h. 25 Prozent weniger Import von Benzin-Kraftstoff. Nicht nur die Einsparung von Devisen wäre enorm, auch die positiven Auswirkungen auf die Umwelt: In Brasilien konnte durch die 25-prozentige Beimischung von Ethanol im Benzin die Emission von Treibhausgasen pro gefahrenen Kilometer um 50 Prozent reduziert werden. Wie schon bei der Energiegewinnung durch die Verbrennung von Bargasse könnte Fidschi durch die so erzielte Reduzierung der Treibhausgasemissionen an die EU verkaufen.

Berechnungen gehen davon aus, dass aus der Molasse, die bei der Zuckerherstellung entsteht, etwa 22 Millionen Liter Ethanol hergestellt werden kann. Dies würde die Zuckerproduktion nicht beeinträchtigen, da Molasse ein Nebenprodukt der Zuckerproduktion ist. Um das in einem Jahr verbrauchte Benzin mit 10 Prozent Ethanol anzureichern, werden 32 Millionen Liter Ethanol benötigt. Um die fehlenden 10 Millionen Tonnen Ethanol herzustellen, würden zusätzlich 17.000 Tonnen Zuckerrohr benötigt, ein Bruchteil der jährlichen Ernte auf Fidschi. Anders sähe es schon aus, wenn 25 Prozent Ethanol dem Benzin beigemischt werden sollten. Die Einsparungen an fossiler Energie wären zwar viel größer, aber auch der Bedarf an Zuckerrohr. 100.000 Tonnen Zuckerrohr würden dafür gebraucht, etwa ein Drittel der jährlichen Erntemenge.

Die Überlegungen, Zuckerrohr als nachwachsenden Energieträger zu sehen, stecken ganz in den Anfängen. Derzeit ist es nicht möglich auch nur abzuschätzen, ob dies ein Weg aus der Misere sein könnte. Ohne Zweifel wird es aber auch von der fidschianischen

Regierung abhängen, die Rahmenbedingungen zu stecken, unter denen ein solcher Wandel erfolgreich sein könnte. Ein Wandel, der die Zuckermühlen zu Energieversorgungsunternehmen machen würde.

Andere sehen für den fidschianischen Zucker wenige Chancen, die nächsten 20 Jahre zu überstehen, weder auf dem Weltmarkt noch um in Fidschi fossile Energieträger zu ersetzen. Deshalb suchen sie nach Alternativen zum Zuckerrohranbau und dem Export von Zucker, wie das von der Asian Development Bank geförderte „Alternative Livelihood Projekt“, das im Grunde genommen nicht viel mehr ist als ein Umschulungsprogramm für Zuckerrohrbauern. Es fragt sich nur: Umschulung auf was in einer Gesellschaft, in der die Arbeitslosigkeit bereits schwindelerregende Höhen erreicht hat und jedes Jahr größer wird?

Hier schweigen die Politiker, denn hierin besteht der gewaltige gesellschaftliche Sprengstoff in Fidschi. Es ist durchaus glaubwürdig, wenn Politiker darauf verweisen, dass Zucker in Fidschi eine gute Überlebenschance hat. Es ist nicht auszuschließen, dass auch in 20 Jahren im Westen Viti Levu Zuckerrohrfelder zu sehen sein werden so weit das Auge reicht. Doch es wird dort und auch im Norden Vanua Levu keine Kleinbetriebe mehr geben und auch keine Landarbeiter, die die Strapazen einer Zuckerrohrernte über sich ergehen lassen. Viele, die heute durch Zuckerrohr noch ein kärgliches Einkommen verdienen, mit dem sich mehr schlecht als recht leben lässt, wird es dann nicht mehr geben. Nicht weil irgendwelche Pachten nicht verlängert wurden, sondern weil sie durch das Modernisierungssieb gefallen sind. Die Aussichten für diese sind nicht rosig.

Jedes Jahr verlassen 17.000 junge Menschen die Schule. Auf sie warten gerade einmal 2000 Arbeitsplätze im formellen Sektor. Die Kinder von Zuckerrohrbauern haben sehr geringe Chancen, wenn es darum geht, um diese wenigen Stellen zu konkurrieren. Wenn Mahendra Chaudhry darauf verweist, dass durch die Veränderung der EU-Zuckerpolitik die Lebensgrundlagen Hunderttausender hier auf Fidschi gefährdet sind, dann hat er wahrscheinlich gar nicht so Unrecht. Gut, man kann darauf verweisen, dass die EU-Politik mit Schuld an der ganzen Misere ist. Gut, man kann die Subventionen dafür verantwortlich machen, dass zu wenig getan wurde, um die internationale Konkurrenzfähigkeit des Zuckersektors zu bewahren. Und dennoch kommt mensch nicht darum herum zu überlegen, wovon denn die Menschen in Zukunft leben sollen, die in den kommenden Jahren aus dem Zuckersektor „ausscheiden“ werden oder ausgeschlossen werden. Diese Frage stellt sich auch dann, wenn Zuckerrohr zukünftig ein nachwachsender Energieträger sein wird. Und hier sieht die Zukunft düster aus, denn nicht nur die Zuckerindustrie steckt in einer tiefen Krise, sondern anderen wichtigen Wirtschaftszweigen geht es nicht viel besser, allen voran der Textilbereich, den vor wenigen Jahren viele noch als leuchtendes Licht im Dunkeln sahen. Einzig der Tourismus entwickelte sich enorm, bis zum Putsch im Dezember 2006.

Jahr	Zucker (F\$m)	Tourismus (F\$m)	Textil (F\$m)	% des BSP		
				Zucker	Tourismus	Textil
1980	174.2	108.0	0.2	18.3	11.3	0.0
1981	131.6	122.0	0.1	12.9	12.0	0.0
1982	125.1	142.0	0.2	12.1	13.8	0.0
1983	111.9	135.0	0.5	9.7	11.7	0.1
1984	110.0	161.4	0.9	9.3	13.7	0.1
1985	111.8	168.7	2.0	8.4	12.7	0.1
1986	133.7	185.0	4.8	10.1	13.9	0.4
1987	186.3	148.4	8.8	13.0	10.4	0.7
1988	198.3	186.5	30.1	12.7	12.0	2.1
1989	228.3	295.6	97.3	13.2	17.1	6.2
1990	223.7	294.6	113.7	12.9	17.0	6.6
1991	220.4	286.3	131.1	12.0	15.6	7.1
1992	221.3	328.1	116.7	11.2	16.5	5.8
1993	230.7	347.4	128.1	10.6	16.0	5.9
1994	252.2	393.0	140.9	11.0	17.1	6.2
1995	276.1	405.0	185.0	11.5	16.8	7.9
1996	301.7	415.0	189.9	11.8	16.2	7.5
1997	213.4	447.0	200.1	8.2	17.2	7.9
1998	244.2	568.0	302.8	9.5	22.1	11.9
1999	263.2	559.0	322.1	10.2	21.7	12.6
2000	237.5	414.0	332.9	9.2	16.1	13.0
2001	222.0	496.0	313.9	8.5	19.2	12.3
2002	230.7	554.9	236.2		15.9	6.8
2003	222.4	638.8	263.6	5.1	14.6	6.0
2004	204.1	717.6	269.2	4.3	15.2	5.7
2005	217.8	733.2	145.2	4.3	14.5	2.9
2006			92.8			

Quelle: Reserve Bank of Fiji, verschiedene Jahresreports

Tabelle 5: Einnahmen aus Zuckerexporten, Tourismus und Textilexporten

Zucker und der Militärcoup vom Dezember 2006

Ungewissheit über die Zukunft bereitet auch der Militär-Putsch vom Dezember 2006 – der vierte Putsch in Fidschi in weniger als 20 Jahren. Als ob Fidschis Wirtschaft und insbesondere der Zuckersektor nicht schon genug zu leiden hätten! Nun kommt auch noch die Ungewissheit hinzu, ob Absprachen mit anderen Regierungen und Organisationen, die Hilfen für den Zuckersektor betreffen, auch tatsächlich eingehalten werden. Drei Monate nach der Machtübernahme durch das Militär ist die Situation noch sehr undurchsichtig.

Tourismus als wichtigster Wirtschaftszweig Fidschis hat unter dem neuerlichen Coup bereits sehr stark gelitten. Seit Dezember 2006 ist die Anzahl ausländischer Touristen stark zurückgegangen. Hotels in den Tourismusregionen klagen, dass sie zur Hauptsaison noch nicht einmal zur Hälfte ausgelastet seien. Viele Hotels haben bereits Teile

ihrer Belegschaft entlassen müssen. Wenige Tage nach dem Coup waren bereits 1.100 Beschäftigte entlassen worden. Unabhängig von den politischen Ereignissen schloss am Tag des Coups auch die Emporor Gold Mine ihre Werkstore, Fidschis größter privater Arbeitgeber. Mehr als 1.700 Arbeitsplätze sind auf einen Schlag weggefallen. Auch die Textil-Industrie befindet sich in einer ernsten Krise, seit der Welttextilmarkt unter der WTO liberalisiert wurde. Innerhalb von fünf Jahren sind die Exporteinnahmen für Textilien von 332 Millionen (2000) auf unter 100 Millionen F\$ (2006) zurückgegangen, zehntausende Arbeitsplätze sind in diesem Wirtschaftsbereich seither verschwunden.

Bereits kurz nachdem am 5. Dezember 2006 das Militär in Fidschi die Macht übernommen hatte, drängte der „Fiji-Australian Business Council“ die australische Regierung, keine Handelssanktionen gegenüber Fidschi zu verhängen. Das Handelsvolumen zwischen Fidschi und dem wichtigsten Handelspartner Australien beträgt 1.5 Milliarden F\$ im Jahr.

Weitaus drastischer dürfte es aber werden, sollte die EU ihre bereits gemachte Zusage für den krankenden Zuckersektor in Höhe von F\$350 Millionen zurückziehen. Sorgen bereitet vor allem die Ankündigung der EU, dass alle Entwicklungsgelder für Fidschi eingefroren würden mit Ausnahme von Mitteln für den Bildungsbereich.

Jagannath Sami, Vorsitzender des „Fiji Sugar Cane Growers Council“ befürchtet, dass die Zuckerindustrie vollkommen zusammenbrechen wird, würde die EU ihre Strukturhilfen für den Zuckersektor zurückziehen. Schon vor dem Putsch hatte Sami im November 2006 davor gewarnt, dass jede Anstrengung des Militärs, die demokratisch gewählte Regierung des Landes zu beseitigen, mit Sicherheit eben jene 350 Millionen gefährdeten seien, die die EU für Fidschis Zuckersektor über einen Zeitraum von acht Jahren hinweg zugesagt hatte (EU Sugar Adaptation Program).

Dem Militär gefiel diese Kritik überhaupt nicht und so überrascht es wenig, dass Putschistenführer Voreqe Bainimarama Jagannath Sami wegen angeblichem Amtsmissbrauch und Korruption am 27. Dezember 2006 seines Amtes enthob. Als Sami am 18. Januar 2007 nach einem Beschluss des High Courts seine Arbeit wieder aufnehmen wollte, wurde er von bewaffneten Soldaten aus seinem Büro geführt und in der Polizeistation von Lautoka verhört. Noch am selben Tag musste er ins Krankenhaus von Lautoka eingewiesen werden, wobei bis heute unklar ist, was der genaue Grund dieser Einweisung war. Am 25. Januar 2007 wurde Sami untersagt, Fidschi zu verlassen. Seither ist Sami untergetaucht, weil er weitere Repressionen seitens der Militärregierung befürchten muss.

Der Militärputsch vom Dezember 2006 macht die Anstrengungen, den Zuckersektor Fidschis wieder auf einigermaßen gesunde Füße zu stellen noch schwieriger als sie eh schon sind. Nicht nur, dass es immer ungewisser wird, von welchen Seiten die Regierung finanzielle Unterstützung erhalten kann, um den Strukturwandel sozial abzufedern. Es zeichnet sich nicht erst seit heute ganz klar ab, dass dieser Strukturwandel bewirken wird, dass sehr viele Arbeitsplätze im Zuckersektor über die kommenden Jahre hinweg verloren gehen werden. Hier wäre es dringend notwendig, Beschäftigungsalternativen aufzuzeigen. Doch zu viele andere Wirtschaftsbereiche befinden sich ebenfalls in der Krise, die durch den Militärputsch noch verschärft wurde.

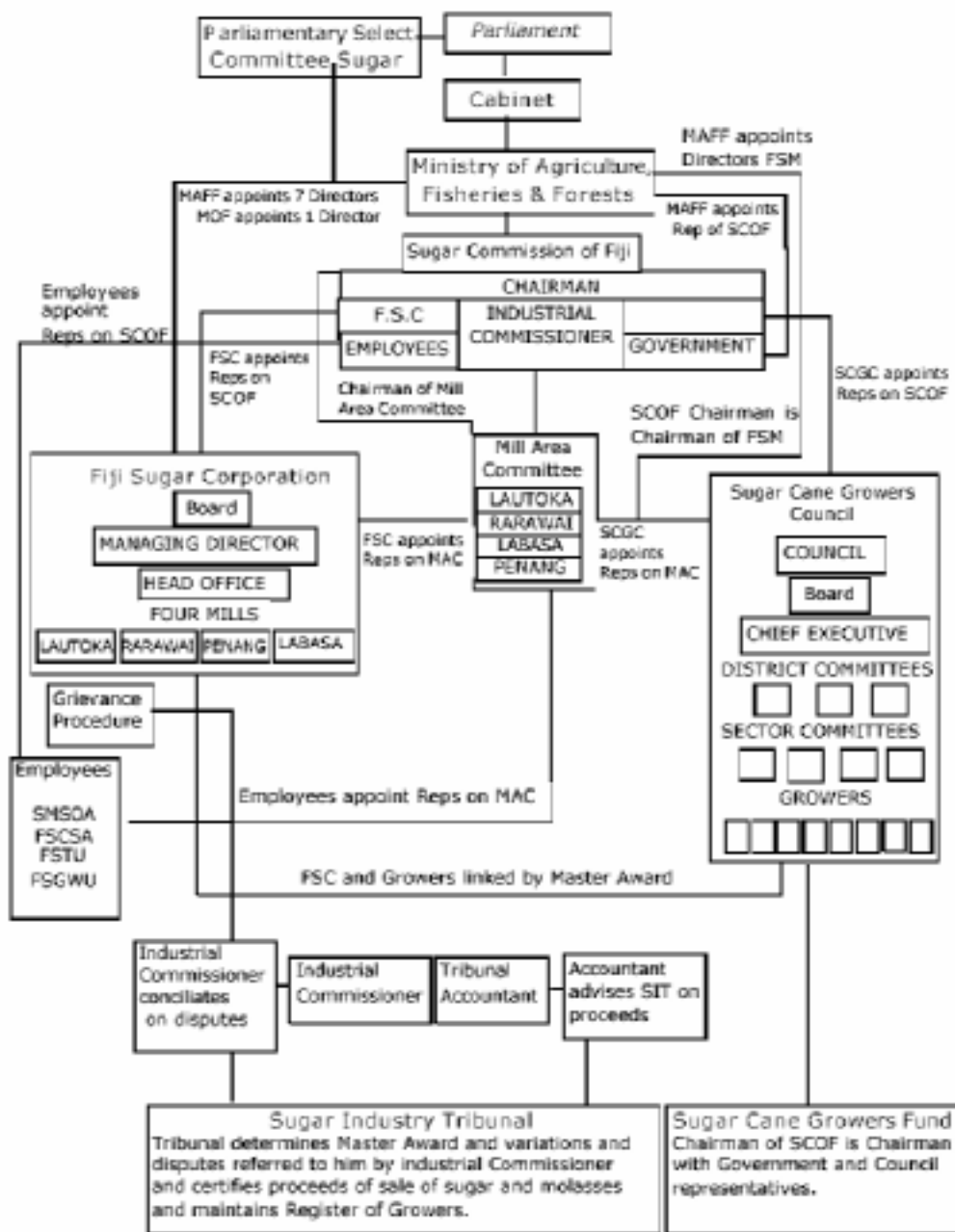


Abbildung 4: Die Struktur der Zuckerindustrie in Fidschi (Quelle: Sugar Commission of Fiji 2003, S. 380).

Shareholder	Shares Held	% of all shares
Govt of Fiji	30,239,160	68.11%
Fiji National Provident Fund	7,544,219	16.99%
Fijian Holdings Ltd	3,933,900	9.00%
Unit Trust of Fiji (Trustee) Co Ltd	374,539	0.84%
Fijian Holdings Securities Ltd	300000	0.68%
Colonial Mutual Life Assurance Society Ltd	250,080	0.56%
Sugar Cane Growers Council	119,401	0.27%
Ba Provincial Holdings Ltd	101,951	0.23%
Robert Lee	98,720	0.22%
Reddy's Enterprises Ltd	74,050	0.17%
Top Ten Shareholders	43,096,020	97.1%
Other Small Shareholders	1,303,978	2.94%
Total shares	44,399,998	

(Source: FSC Annual Report)

Abbildung 5: Anteilseigner der Fiji Sugar Corporation (2002, Quelle: Reddy, N. 2003, S. 272)

Jahr	Aktienpreis	Dividende / Aktie	Verluste / Gewinne der FSC
1997	k.A.	k.A.	- 20,0 F\$ Mio
1998	F\$0,55	F\$0,0375	- 11,1 F\$ Mio
1999	F\$0,75	F\$0,025	F\$ 3,0 Mio
2000	F\$0,55	F\$0,025	F\$ - 5,3 Mio
2001	F\$0,35	F\$0,00	- 21,0 F\$ Mio
2002	F\$0,35	F\$0,00	- 16,3 F\$ Mio
2003	F\$0,25	F\$0,00	- 15,7 F\$ Mio

Abbildung 6: Wirtschaftlicher Niedergang der Fiji Sugar Corporation (Quelle: Reddy, N. 2003, S. 273 und National Farmers Union (2003, Seite: 382)

Stage	Period	Focus	Main Strategies
1	1997-2001	Investing in Efficiency	<ul style="list-style-type: none"> * Introduce Productivity Payment * Re-organise Industry Institutions * Revitalise Rail Transport * Invest in Mill Efficiency * Improve Public/Grower Awareness * Phase in Mechanical Loading * Start Land Utilisation Board * User-Pay Charges on Rail
2	2002-2006	Quality Cane Benefits	<ul style="list-style-type: none"> * Introduce Quality Cane Pay * Set Sector Based Targets * Improve Rail/Farm Interface * Selective Mechanical Harvesting * Optimum Mill Efficiency/Capacity
3	2007-2020	Best Practice Culture	<ul style="list-style-type: none"> * Maximise Sugar Content/Acre * Expand in Vanua Levu * Automate Mills appropriately * Increase Mill Capacity to 4.6 MT

(Source: Sugar Commission of Fiji, 1997: 7)

Abbildung 7: Vorhaben des **Sugar Industry Strategic Plan**, (Anmerkung des Autors: Obwohl 1997 beschlossen, wurde bislang wurde kaum eines der Vorhaben des **Sugar Industry Strategic Plan** umgesetzt)

Country	Winner/Loser	Quota dependency							Production costs (USD/t)	Industry ownership						Industry employment			Risks/plans		
		Sugar export as % of GDP	Sugar export rev. (EU and US) as % of total country export rev.	Exports to EU (as % of total sugar exports)	Exports to US (as % of total sugar exports)	Average Govt. Revenues 2000-2002 (mil. USD and Euro)	Average Govt. Corporate Tax rev. (as % of total Govt. Revenues from Sugar Exports to EU and US, USD and Euro)	Govt. Legal Revenues as % of Total Govt. Revenues		Farming		Milling		Refining		Total employment (2) (thous.)	Milling (3) (thous.)	Total employment (4)	EU (1) (Y/N)	State (5) (Y/N)	Expected competitiveness? (Y/N)
										Domestic	Foreign	Domestic	Foreign	Domestic	Foreign						
Bahamas	Lower	0.0%	0.4%	100.0%	0.0%	867	0	6.0%	50	100%	0%	100%	0%	NA	NA	1,264	322	2,213	Y	Y	N
Belize	Possible winner	4.2%	28.0%	51.8%	31.9%	189	1	6.7%	15	100%	0%	90%	10%	NA	NA	10,293	635	10,904	Y	Y	Y
Congo, Rep. of	Possible winner	0.1%	0.2%	94.8%	11.7%	870	0	6.0%	15	100%	0%	34%	66%	0%	0%	704	NA	4,290	N	NA	Y
Cote d'Ivoire	No impact	0.1%	0.3%	82.4%	2.1%	1,347	1	6.1%	20	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	10,606	N	NA	NA
EG	Heavy loser	6.2%	45.9%	71.7%	3.3%	489	4	6.0%	20	100%	0%	100%	0%	NA	NA	22,000	7,500	25,500	Y	N	N
Guyana	Possible winner	16.0%	28.0%	73.7%	0.0%	387	7	1.2%	19	100%	0%	100%	0%	NA	NA	5,969	19,260	22,000	Y	Y	Y
Jamaica	Lower	1.0%	0.4%	100.0%	0.0%	2,220	0	6.0%	30	100%	0%	100%	0%	100%	0%	20,000	2,729	32,729	Y	Y	N
Kenya	No impact	0.1%	0.3%	100.0%	0.0%	2,340	1	6.0%	22.5	100%	0%	100%	0%	100%	0%	80,000	25,000	115,000	N	N	N
Madagascar	NA	0.2%	0.6%	72.8%	27.0%	583	4	6.0%	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	10,200	14,000	24,200	N	NA	Y
Mali	Winner	1.2%	0.4%	51.1%	19.1%	490	5	1.0%	7	NA	NA	24%	76%	24%	70%	1,424	11,597	12,221	N	N	Y
Mexico	Heavy loser	6.3%	17.1%	97.2%	1.7%	426	6	1.0%	21	100%	0%	100%	0%	100%	0%	4,269	20,204	40,000	Y	Y	Y
St. Kitts and Nevis	Lower	2.7%	29.2%	100.0%	0.0%	81	0	6.0%	55	100%	0%	100%	0%	NA	NA	52	1,528	1,580	Y	N	N
Suriname	NA	0.0%	0.4%	0.0%	0.0%	360	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	0	0	0	NA	NA	NA	
Swaziland	Possible winner	0.2%	13.0%	42.0%	4.0%	432	12	2.0%	12	80%	20%	78%	21%	0%	40%	2,429	9,129	10,858	N	N	Y
Tanzania	Possible winner	0.1%	1.2%	100.0%	0.0%	1,377	1	6.1%	15	70%	30%	30%	70%	60%	20%	10,500	15,898	26,394	N	N	Y
Tanzania and Uganda	Lower	0.4%	0.7%	88.7%	11.2%	1,580	0	6.0%	50	100%	0%	100%	0%	100%	0%	18,480	2,329	24,872	Y	Y	N
Uganda	No impact	0.0%	0.4%	0.0%	0.0%	959	NA	NA	40	100%	0%	100%	0%	100%	0%	5,482	15,450	21,134	N	N	N
Zambia	Winner	0.5%	1.1%	24.2%	0.6%	1,100	4	6.2%	2.5	NA	NA	10%	90%	90%	90%	2,250	2,458	14,264	N	N	Y
Zimbabwe	Possible winner	0.5%	2.4%	26.0%	2.7%	2,520	7	6.2%	10	NA	NA	NA	NA	49.9%	53.1%	3,289	20,590	22,189	Y	N	Y

Source: Own calculations using ACF Sugar Group (2003), EIU (2003), UNDP (2004), CIA World Fact Book 2003-2004, Zovage 2003-2004

Source: Source: company websites, various country information; Sugar-cane (2002)

Source: ACF Sugar Report, company websites, Tanzania and Zambia both include seasonal workers numbering 3,211 and 10,569 respectively.

Abbildung 8: Voraussichtliche Gewinner und Verlierer der Reform des EU-Zuckermarktes (Garside 2006)

APPENDIX D – PRODUCTION COSTS

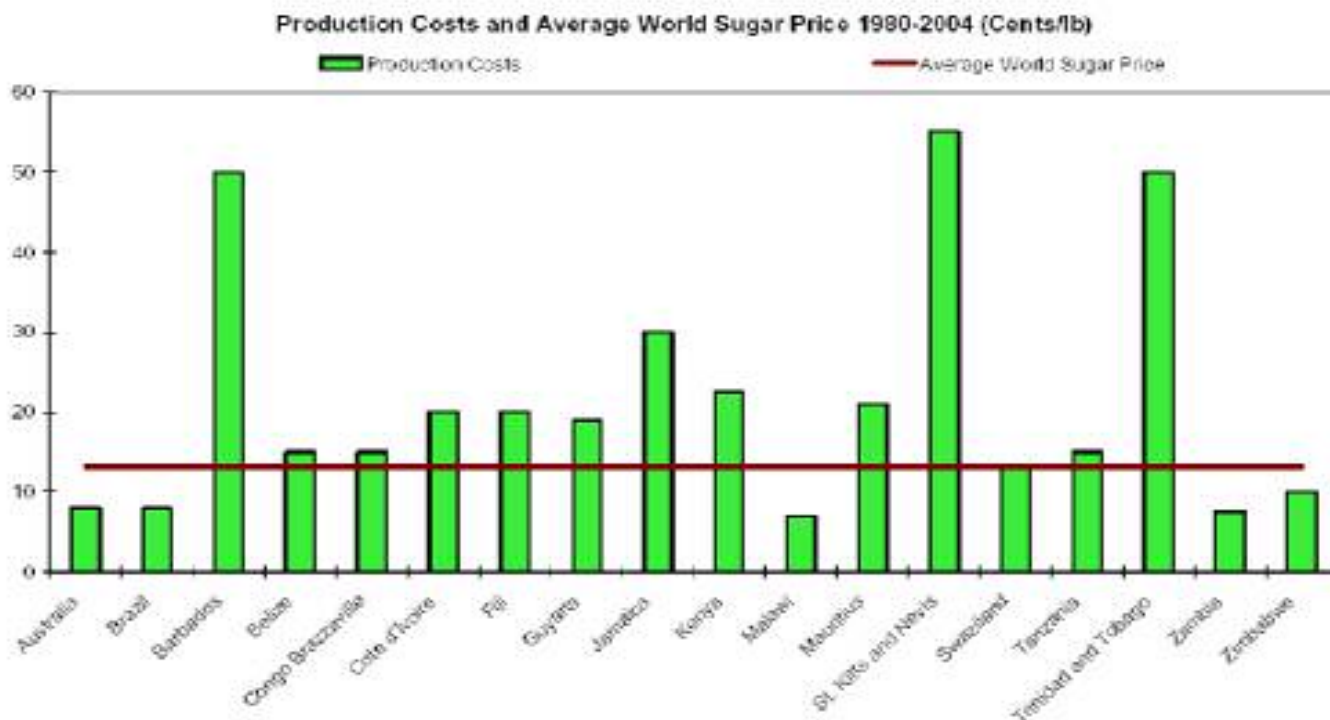


Abbildung 9: Produktionskosten und Weltmarktpreis für Zucker (Garside 2006)



Abbildung 10: Entwicklung des Weltmarktpreises für Zucker (Quelle: Isermeyer u.a. 2005, S. 6)

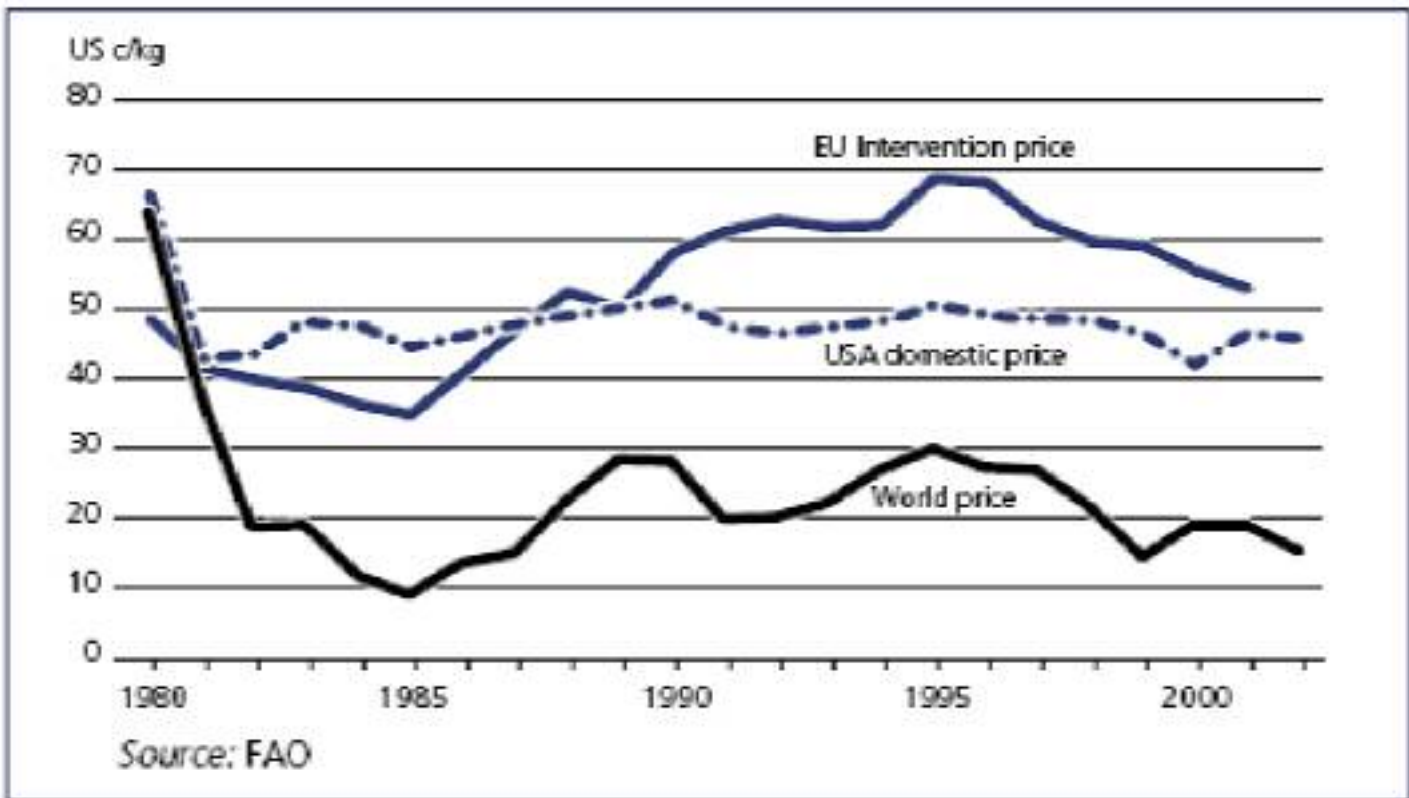


Abbildung 11: Preisentwicklung im internationalen Zuckermarkt (Quelle: FAO 2005)

Zum Weiterlesen.....

Ali Ahmed (1979) *Girmit: The Indenture Experience in Fiji*, Suva, Fiji: Fiji Museum, 1979.

Ali Ahmed (1980) *Plantation to Politics: Studies on Fiji Indians*. Suva: University of the South Pacific and the Fiji Times and Herald Ltd.

Ali Ahmed (1976) *Society in Transition: Aspects of Fiji Indian History, 1879-1939*, Suva: School of Social and Economic Development, University of the South Pacific.

Ali, Ahmed (1979) 'Girmit: Its Significance in Fiji'. *Indian Horizons* – vol.28, No. 4, 1979, p 25-30.

Barrack, G.S.W and May, J. (1996) 'Fiji and the Sugar Protocol'. Paper prepared for the ECDPM Conference on the Future of the EU-ACP Relation beyond LOME iv, held in Maastricht, (12-14 June).

Carswell, Sue (2003) A Family Business: Women, children and smallholder sugar cane farming in Fiji. In *Asia Pacific Viewpoint*, vol. 44, No. 2, pp. 131-148.

FAO (2005) Fao Trade Policy Technical Notes on issues related to the WTO negotiations on agriculture, No. 6. Sugar: the impact of reforms to sugar sector policies a guide to contemporary analyses, Rome

Fiji Sugar Corporation (2003) Sugar Industry Strategic Plan. In *Fijian Studies*, vol. 1, No.2, pp. 327-80

Fowler, P. and R. Fokker (2004) 'A Sweeter Future? The Potential for Sugar Reform to Contribute to Poverty Reduction in Southern Africa', Oxfam Briefing Paper 70, November 2004, Oxford: Oxfam.

Garside, Benjamin, Thomas Hills, José Carlos Marques, Carolin Seeger and Veronika Thiel (2006), Who Gains from Sugar Quotas?, ODI-LSE DESTIN DV406 Research Project, London

Grynberg, R. (1995) 'The Impact of the Sugar Protocol of the Lome Convention on the Fiji Economy'. National Center for Development Studies Working Paper 95/8, Canberra: The Australian National University.

Grynberg, Roman and Michael White (1975) The Sugar Protocol and the review of the Lome Convention', in *The Lome Convention And The Pacific*, The Forum Secretariat and The University of the South Pacific, Suva, Fiji. pp 52-67.

Isermeyer, Folkhard, Alexander Gocht, Werner Kleinhanß, Bernd K pker, Frank Offermann, Bernhard Osterburg, Joachim Riedel und Ulrich Sommer (2005) Vergleichende Analyse verschiedener Vorschläge zur Reform der Zuckermarktordnung, Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft Braunschweig, im April 2005

Lal, B.V. (1983) Girmityas: The Origins of the Fiji Indians, *The Journal of Pacific History*, Canberra.

Lal, B.V. (1985) Kunti's Cry: Indentured Women on Fiji Plantations, *The Indian Economic and Social History Review* 22: 55–71.

Lal, B.V. (1992) *Broken Waves: A History of the Fiji Islands in the Twentieth Century Pacific Islands*, Monograph Series No. 11. Honolulu: University of Hawaii Press.

Lal, P. and M. Reddy (2003) 'Old wine in a new bottle? Proposed sugar industry restructuring and land conflict in Fiji', *Pacific Economic Bulletin*, vol.18, no.1, 2003, pp.79-99.

Naidu, V and M. Reddy (2000) 'Na ghar ke, na ghat ke: ALTA and Expiring Land leases: a Survey of Farmers Views and Perceptions'. Asia Pacific Migration Research Network, Working Paper, 2.

Narayan, P. K. and B. C. Prasad (2003) 'Sugar Industry Reform in Fiji, Production Decline and its Economic Consequences. Dept. of Economics Discussion Papers. Monash University, Victoria, Australia.

Narayan, P.K. and B.C. Prasad (2003) 'Fiji's Sugar, Tourism and Garment Industries: A Survey of Performance, Problems and Potentials', *Fijian Studies*, vol.1, no.1, 2003, pp.3-27.

Narayan, P.K. and B.C. Prasad (2004) 'Economic Importance of the Sugar Industry in Fiji: Simulating the Impact of a 30 per cent Decline in Sugar Production', USPEC Working Paper No. 2004/12, University of the South Pacific, Suva, Fiji, July 2004.

Narsey, W.L. (1979) 'Monopoly Capital, White Racism and Superprofits in Fiji: a Case Study of CSR'. *Journal of Pacific Studies*, Vol. 5: 137-144.

National Farmers Union (2003) Dark Clouds on the Sugar Horizon, *Fijian Studies*, vol.1, no.2, 2003, pp.381-387.

Oxfam (2005) The Fijian sugar industry, investing in sustainable Technology, Oxfam Briefing Paper, September 2005

Oxfam (2002) The Great Sugar Scam. How Europe's Sugar Regime is devastating livelihoods in the developing world, August 2002

Prasad, S. (2003) 'Energy Aspects of Fiji's Sugar Industry: A Case for More Efficient Electricity Generation from Bagasse', *Fijian Studies*, vol.1 no.2, 2003, pp.243-264.

Rao, G. (2003) 'Lending Trends in the Sugar Cane Sector', *Fijian Studies*, vol.1, no.2, 2003, pp.301-314.

Reddy, M. (2003a) 'Farm Productivity, Efficiency and Profitability in Fiji's Sugar Industry,' *Fijian Studies*, vol.1, no.2, 2003, pp.225-240.

Reddy, M. and J.F. Yanagida (1996) 'Trade Liberalization in the Post Cold War Era: Economic Implication on the Fiji Sugar Industry.' Paper presented at Monday Noon Seminar Series, East West Center, Honolulu, Hawaii.

Reddy, M. and J.F. Yanagida (1998) 'Fiji's Sugar Industry at Crossroads' *Pacific Economic Bulletin* 13(1): 72-88.

Reddy, M. and J.F. Yanagida (1998) 'Welfare Implications of Alternative Markets: The case of Fiji Sugar Industry.' *Journal of South Pacific Agriculture* 5(1): 52-60.

Reddy, M. and J.F. Yanagida (1999) 'Technical Efficiency Analysis of Fiji's Sugar Industry,' *South African Journal of Economics and Management Science* 2(1): 77-92.

Reddy, M. and V. Naidu (2001) 'Land Tenure System in Fiji: The Poverty Implications of Expiring Land Leases.' *Development Bulletin* No 55, July.

Reddy, M. (2003) 'Survival Strategies for the Fiji Sugar Industry', *Fijian Studies*, vol.1, no.2, 2003, pp.265-285.

Ward, R.G. (1997), 'Land in Fiji', in Lal, B.V. and Vakatora, T.R. *Fiji in Transition, Vol. 1*, School of Social and Economic Development, The University of the South Pacific, Suva.

Ward, R.G. and Proctor, A. (eds) (1980), *South Pacific Agriculture, Choices and Constraints, South Pacific Agricultural Survey, 1979*, Asian Development Bank and Australian National University Press, Canberra and Manila.

Ward, R.G. and Kingdon, E. (eds) (1995), *Land, custom and practice in the South Pacific*, Cambridge University Press, Cambridge.

Watkins, K. (2004) 'Dumping on the World: How EU Sugar Policies Hurt Poor Countries', Oxfam Briefing Paper 61, April 2004, Oxford: Oxfam.

White, M. (2003) Financial Viability of the Fiji Sugar Corporation, *Fijian Studies*, vol.1, no.2, 2003, pp.287-300.